

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Samstag und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Frangobahn, per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5 gesp. Beitzteile kosten 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche (Anserate) sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 19.

Sonntag, den 8. Mai.

1904.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montagabend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Internationales.

Eine neue internationale Arbeiterschutzkonferenz wird sicherem Vernehmen nach im Mai nächsten Jahres stattfinden, wie der Chef des schweizerischen Handels- und Industrie-Departements kürzlich im schweizerischen Nationalrat ankündigte. Es haben bereits Oesterreich-Ungarn, Frankreich, Italien und Holland der Beteiligung grundsätzlich zugestimmt und auch das Deutsche Reich habe sich bereit erklärt, einer Einladung Folge zu leisten. Es sei zu hoffen, daß sich auch England und Belgien noch beteiligen würden. Das Beratungsprogramm der Konferenz stehe noch nicht fest; wahrscheinlich werde es sich nicht nur auf das Verbot der gewerblichen Nachtarbeit der Frauen und der Verwendung von giftigem Phosphor zu Zündhölzern, sondern auch auf die Bekämpfung der Bleivergiftungsgefahr und die Regelung des Kinderarbeiters erstrecken. Ueber den Ort der Konferenz verlautet noch nichts.

Im schweizerischen Nationalrat fand die Ankündigung eine sehr kühle Aufnahme; man hat sich dort eben schon daran gewöhnt, daß bei solchen Beratungen nicht viel herauskommt. Die gleiche Stimmung beherrscht nahezu alle Arbeiterkreise. Ein Quentchen nationaler sozialpolitischer Initiative wiegt mehr als eine Tonne diplomatischer Erwägungen.

Gleichwohl halten wir diese Konferenz nicht für unnütze Zeitvergeudung; selbst wenn sie nur kleine Lücken sozialpolitisch rückständiger Staaten ausgleichen sollte, kann sie für den Fortschritt der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung von Vorteil sein. In dieser Hinsicht ist auch die Beteiligung Deutschlands zu begrüßen; wir erwarten zuversichtlich, daß die deutschen Regierungsvorteiler dort sehr viel lernen können und hoffentlich gründlich von dem Wahn geheilt werden, daß Deutschland in allen Dingen an der Spitze der Sozialreform marschiere. In bezug auf die Tagesordnung wünschen wir, daß die Fragen der Einschränkung der Arbeitszeit der Frauen und die gesundheitschädlichen Industrien in ihrer Allgemeinheit zur Diskussion gestellt werden.

Die erfolgreichste Initiative für Vervollkommenheit des Arbeiterschutzes wird immer von der Arbeiterbewegung selbst ausgehen. Von einer Regierung, die es ablehnt, sich auf Arbeiterkongressen über die Bedürfnisse des Arbeiterschutzes, ob es sich um Bauarbeiter, Heimarbeiter- oder Transportarbeiterschutzes handle, zu unterrichten, darf man nicht erwarten, daß sie brauchbare Arbeiterschutzreformen bringen werde. Was sie auf diesem Gebiete leistet, das wird eben nur durch die unablässigen Mahnungen der Arbeiterbewegung erzwungen. (Korrespondenzblatt.)

Ein Gewerkschaftsieg in England.

Dem Korrespondenzblatt wird geschrieben: Das Parlament nahm am 22. April nach kurzer aber nicht unbedeutender Debatte die Trades Disputes Bill (Entwurf zum Schutze des Streikpostenstehens und der Gewerkschaftskassen) in zweiter Lesung mit 238 gegen 199 Stimmen an. Es wirkte etwas überraschend, daß der Premierminister Balfour den Entwurf nicht offiziell bekämpfte. Er ließ seiner Partei freie Hand und sagte: Trotzdem er persönlich sehr wichtige Bedenken gegen den Entwurf habe, überlasse er es jedem einzelnen, nach seinem Gutdünken zu stimmen. Ein endgültiges Urteil über die rechtliche Lage der Gewerkschaften könne er erst dann geben, wenn die königliche Kommission ihre Untersuchungen in einem Berichte dargelegt habe. Es tue ihm leid, daß die Gewerkschaften sich geweigert hätten, mit der Kommission zu arbeiten. Bei der Ernennung derselben habe es ihm fern gelegen, die Frage auf die lange Bank zu schieben und er habe die zuversichtliche Hoffnung, daß die Kommission einen sehr nützlichen Beitrag zur Lösung der Frage liefern werde.

Die Annahme des Entwurfs besagt natürlich zunächst gar nichts. Ja, es steht sogar fest, daß die Majorität derjenigen, die für den Entwurf stimmten, im entscheidenden Augenblick denselben nicht in seiner jetzigen Fassung annehmen würden. Das ließen auch die liberalen Verteidiger des Entwurfs sehr deutlich durchblicken. Sir Robert Reid gab sogar zu, daß die Bestimmung über das Streikpostenstehen etwas sehr weitgehend sei, jedoch könnten hier durch Amendements Veränderungen gemacht werden. Auch die liberale Presse verhält sich sehr kühl zu der Frage. Die Daily Chronicle und Daily News halten ganz offen die vollständige juristische Immunität für unhaltbar. Die Times ist etwas ungehalten über die zweideutige Stellung des Premierministers, sie meint, wenn er die Parole ausgegeben hätte, gegen den Entwurf zu stimmen, so wäre derselbe nicht angenommen worden. Das

mag stimmen. Aber das Land befindet sich in einer Krisis. Die Lage des Ministeriums sind gezählt. Darum ließ Balfour der Partei freie Hand, was der Majorität der konservativen Partei nicht unangenehm war. Viele Mitglieder glänzten durch Abwesenheit. Andre stimmten einfach für den Entwurf, um es nicht noch mehr mit ihren Wählern zu verderben, als es schon der Fall ist.

Vorläufig ist dem Entwurf jedes weitere parlamentarische Fortschreiten unmöglich gemacht worden, da die Majorität sich weigerte, denselben an die juristische Kommission zu überweisen. Wie dem auch sei, das Parlament hat offen anerkannt, daß der jetzige Zustand unhaltbar ist. Die Daily News sagt: „In Deutschland, wo die Polizei bei jeder Gewerkschaftskundgebung ständiger Gast ist, hat man die Gerichtsentscheidungen als ein Signal zur Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation begrüßt. Aber es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß man in Britannien das freie Wort und die freie Aktion nur dann vernichten kann, wenn man die freiheitlichen Institutionen, das Symbol des britischen Volkes überhaupt vernichtet. Und in der Tat hat das Parlament diesen Gedanken in seinem Votum vom 22. April zum Ausdruck gebracht.“

Die Gewerkschaftsbewegung in Serbien.

Die Arbeiterbewegung begann in Serbien erst im Jahre 1900, und ein Jahr später fing man an, Gewerkschaften zu gründen. Serbien, besonders Belgrad, hat viele Arbeiter, die in Oesterreich, Deutschland, Frankreich, Belgien gearbeitet haben und die Bedeutung der Gewerkschaften zu schätzen wissen. Deswegen ging auch diese Arbeit ziemlich glatt vor sich. Der Ausbau der Gewerkschaftsorganisation ist jetzt die Hauptaufgabe.

Es gibt in Belgrad bereits vierundzwanzig Syndikate, die in den größeren Städten Filialen haben. Man muß aber gestehen, daß sie noch nicht so stark sind wie anderswo, aber sie haben alle eine gute und ganz moderne Grundlage und werden sich weiter entwickeln.

Seit 1898 war in Serbien eine offizielle Parteitätigkeit unmöglich, weil sie gesetzlich verboten war. Die ganze politische Tätigkeit bestand in der Herausgabe eines Organs, Radenicki Novine, die sich beschränken mußte im Rahmen der „Pressfreiheit“ zu schreiben. Ab und zu erschien eine Broschüre, um der Arbeiterbewegung ein sozialistisches Ziel zu geben. Ein geheimes Komitee war die oberste Parteinstanz. Aber auch eine solche politische Tätigkeit war nach der Demonstration im März des vorigen Jahres unmöglich geworden, weil die Polizei Kenntnis über alles erhalten hatte. Damals stürzte sich der Polizeiminister auf die tätigen Genossen. Einige Genossen des Komitees wurden wegen der Demonstration verhaftet, einige mußten sich flüchten. Die Genossen, die in den Gewerkschaften tätig waren, wollte man für den König bekommen und für sie einen Zentral-Gewerkschaftsverein gründen — unter dem Schutze der Königin Draga. Die nötigen Geldmittel für die Ausgaben wollte die Polizei geben, die am 1. Mai Plakate unter den Arbeitern verbreitete, mit der Mahnung, daß man am 1. Mai nicht feiern soll. . . .

Alles aber war umsonst, die Sozialisten blieben Sieger. Die Arbeiter feierten wie gewöhnlich den 1. Mai, und in einer Versammlung, die zur Gründung des Zentral-Gewerkschaftsvereins von der Polizei einberufen wurde, siegten sie gründlich. Dann gaben die Kerle schließlich Ruhe.

Zigarrenfabrikation in Leipzig und Umgegend.

Wir haben schon seit Jahren darauf hingewiesen, daß die Tabakarbeiter Leipzig meiden möchten. Jeder sucht natürlich seine Lage zu verbessern, aber die Verhältnisse liegen hier so, daß von den ledigen Kollegen selten einer Arbeit bekommt, wenn er nicht zufällig das Glück hat, bei einem der wenigen Kleinfabrikanten Arbeit zu bekommen. Besonders fühlbar macht sich aber der Bezug von verheirateten Tabakarbeitern, die glauben, daß hier noch etwas zu holen ist. Wenn sie aber dann das ganze Elend kennen gelernt haben, dann verwünschen sie den Tag, an dem sie her kamen. Es ist eine Tatsache, daß die Verhältnisse der hiesigen Tabakarbeiter von Jahr zu Jahr schlechter werden. Wo liegt der Grund? Einzig und allein in der Hausindustrie. Die hiesige Zigarrenfabrikation beschäftigt fast nur Heimarbeiter, aber nicht Heimarbeiter, die in Leipzig wohnen. Hier wohnen nach der Berufszählung von 1895 nur 429 Tabakarbeiter. Die Leipziger Fabrikanten beschäftigen aber weit über 1000 Arbeiter. Alle diese Arbeiter sind bei den traurigen Löhnen, die hier gezahlt werden, nicht in der Lage, die teuren Mieten bezahlen zu können, und so wohnen denn die Leipziger Heimarbeiter teils in näherer, teils in weiterer Um-

gebung, sogar in thüringischen Städten und im sächsischen Erzgebirge. Ein sehr großer, ja wohl der größte Teil, wohnt in Delitzsch, so daß man eigentlich nicht recht weiß, ob es Leipziger oder Delitzscher Fabrikation zu nennen ist.

Die Delitzscher Arbeiter können auch ein sehr schönes Lied über die Humanität der Leipziger Fabrikanten singen, besonders die weiblichen Arbeiter, denn in der Hausindustrie sind die größte Zahl der Beschäftigten Frauen, die, weil sie Familie haben, etwas verdienen müssen und darum Zigarren im Hause machen. Ist die Hausindustrie für sich schon die geeignetste Art der Produktion, den Arbeiter auszubeuten, so wird das noch in weit höherem Maße ermöglicht an weiblichen Arbeitern.

Gewähren nun die Löhne, die hier gezahlt werden, den Arbeitern das Nötige, was sie zum Lebensunterhalt brauchen? Nein! Kein Arbeiter wird in der Lage sein, auch bei Inanspruchnahme aller Kräfte, so viel zu verdienen, daß er ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Daher kommt es, daß der Tabakarbeiter in der Heimindustrie durch die fortgesetzte Unterernährung in den besten Jahren verkümmert oder von der Tuberkulose dahingerafft wird. Unlänglich des Heimarbeiterkongresses haben wir eine Enquete aufgenommen, aus der ersichtlich ist, daß der größte Teil der Arbeiter bei 12—14, ja 16stündiger Arbeitszeit unter 12 Mk. pro Woche verdient, davon müssen die hiesigen die teuren Mieten, die Auswärtigen müssen die Fracht bei der Lieferung oder, wenn sie selbst kommen, die Fahrgelder usw. bezahlen.

Was tun die Fabrikanten gegenüber solchem Elend? Sie machen noch Abzüge auf Abzüge. Hier werden Löhne bei der Firma Lutterbed in Siedler, Gettmacher usw. von 6.50 Mk. pro Wille gezahlt. Die Firma Hugo Säsche zahlt für Mexiko 8—10 Mk. Und wie sieht der Mexiko aus! Es werden 12—14, ja 16 Pfund Deckblatt pro Wille gebraucht, bei 8 Mk. Lohn. Dabei ist dieser Firma der Lohn aber noch zu hoch, darum geht sie nach Hartha in Sachsen, dort bekommt sie die Ware für 7 Mk. gemacht. Eine Sorte, wofür bisher 9.50 Mk. gezahlt wurde, ist eingezogen worden, unter veränderter Nummer wieder ans Tageslicht gekommen und — es gibt 1 Mk. weniger Lohn dafür. Auch in Frankenberg hat diese Firma eine Filiale errichtet. Von allen den genannten Löhnen bleiben 50 Pfg. pro Wille stehen, die sogenannte Gratifikation. Außerdem muß jeder Arbeiter 20—30 Mk. Kautions hinterlegen; kommt der Arbeiter dann mit dem Bruttogehalt des Tabaks nicht aus — vielfach ist es so berechnet, daß er nicht auskommen kann —, dann geht ihm „Gratifikation“ und Kautions verloren.

Klagen vor dem Gewerbegericht stören die Herren nicht. Herr Rinn u. Co. in L.-Eutritzsch macht seinen Arbeitern weiter Abzüge, trotzdem von seinen Sachverständigen die Berechnung des Herrn Rinn als falsch hingestellt und er darauf zur Zahlung verurteilt wurde. Immer noch behält er Geld inne und erklärt den Arbeitern, sie sollten nur aufs Gewerbegericht gehen, er gehe sehr gerne hin.

Das sind einige Stichproben aus der Leipziger Fabrikation. Dieses Prämiensystem drückt nicht bloß die Heimarbeiter, es hat sich auch in den Fabriken eingebürgert, wenn von Fabriken hier die Rede sein kann, denn es sind von den oben angegebenen 429 ca. 120 in Fabriken beschäftigt. Auch in Fabriken ist schon den Arbeitern die Prämie zu nichte gemacht worden, weil Tabak fehlte. Meister genierten sich nicht, verdecktes Gewicht einzuführen, um den Arbeitern eine Kontrolle unmöglich zu machen.

Kollegen, so sieht die einst so blühende Tabakindustrie in Leipzig aus. Wer ist für all dieses Elend verantwortlich zu machen? Die Fabrikanten allein? Oder trägt nicht die Regierung durch die Erhöhung der Tabakzölle mit dazu bei, das Elend der Tabakarbeiter zu vergrößern?

Kollegen! Wo habt Ihr Euer Heil zu suchen? Nur in der Organisation! Wo aber sind denn die alten Kämpen, die in den 60er Jahren den Verein deutscher Tabakarbeiter gründen halfen? Wo sind die Jüngerer, die in den 70er und 80er Jahren tätig waren? Sind sie alle tot, oder hat sie das Ausnahmegesetz alle fortgetrieben? Die meisten fehlen heute in unsern Reihen. Auch sie hat die alles tödende Heimarbeiter abgestumpft, sie sind ihren Kollegen entfremdet.

So ist das Leben der Leipziger Tabakarbeiter. Die hiesigen Tabakarbeiter haben einen schweren Kampf zu führen. Kollegen, sucht an den Orten, wo Ihr seid, die Heimarbeiter für die Organisation zu gewinnen. Vielleicht wird es uns dann möglich sein, etwas weiter zu kommen. Weide jeder Auswärtige Leipzig, der nicht dieses traurige Los mit uns teilen will. G. L.

Noch einmal die Süddeutsche Tabakzeitung.

Herr Sidor Koz ist in helle Aufregung geraten über eine Entgegnung meinerseits, wie sie zum Ausdruck gelangte in Nr. 16 des Tabak-Arbeiter. In dieser Entgegnung wies ich darauf hin, daß „Sidor“ auch deshalb die Heimarbeit beizubehalten wünschte, um daß man Greise, Kinder und schwächliche Personen beschäftigen könne. Dies soll nun nicht der Wahrheit entsprechen. Mit einem mächtigen Aufwand von Unflätigkeiten zeigt er mich der bewußten Fälschung.

Hierauf habe ich nun zu erwidern, daß „Sidor“ diese von mir behandelte Ansicht doch vertreten hat. In dem fraglichen Aufsatz wurde — nach Sidorschem Recepte — die desinifizierende Eigenschaft des Tabaks behandelt, um die Anflagen zu entkräften, die aus hygienischen Gründen gegen die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie erhoben worden waren, und dann gesagt:

„Wahr ist, daß man sowohl beim Tabakbau, wie beim Tabakblättern, Tabakspinnern, Tabakrippen und andern Tabakbearbeitungen Kinder, Greise und schwächliche Personen beschäftigen kann und auch beschäftigen muß, will man konkurrenzfähig bleiben. Maschinenbauer und Holzspalter kann man bei der diffizilen Zigarrenfabrikation nicht brauchen und sie würden auch kaum Gefallen an dieser Arbeit finden.“

Schon das „Tabakrippen“ deutet darauf hin, daß „Sidor“ auch die Heimarbeit in der Zigarrenindustrie in diesen Ausführungen mit behandelt hat, denn „Tabakrippen“ ist eine Vorrichtung, wie sie in der Zigarrenindustrie sich abspielt und wozu gerade die Kinderhändchen am liebsten verwendet werden. Man muß auch zu der Auffassung gelangen, daß „Sidor“ diese industrielle Vorrichtung gemeint hat, denn nicht die Heimarbeit im Tabakbau, sondern die Heimarbeit in der Tabakindustrie wurde doch behandelt.

Auch der Schlusssatz der obigen „Sidorschen“ Ausführungen läßt unbestreitbar die Ansicht zu, daß die Arbeit der Greise, Kinder und schwächlichen Personen ebensovoll, wenigstens für die industrielle Betätigung wie für die Tätigkeit im Tabakbau gefordert worden ist. Was hat es denn sonst für einen Sinn, wenn „Sidor“ im engsten Anschluß an seine Ausführungen über Vorrichtungen im Tabakbau dann schreibt: „Maschinenbauer und Holzspalter kann man bei der diffizilen Zigarrenfabrikation nicht brauchen.“ Man mag noch so ein gewandter oder nicht gewandter Auslegungskünstler sein, immer gelangt man zu dem Schlusse: Maschinenbauer und Holzspalter kann „Sidor“ nicht brauchen bei der „diffizilen Zigarrenfabrikation“, aber dafür Greise, Kinder und schwächliche Personen um so lieber, um — konkurrenzfähig zu bleiben, d. h. billige Arbeitskräfte müssen die Konkurrenzfähigkeit ermöglichen.

Mag man noch so sehr „mauscheln“, es wird nicht gelingen, das gemachte Geständnis aus der Welt zu schaffen. Bremen. C. Deichmann.

Rundschau.

Zur planmäßigen Agitation für ein freies, unbeschränktes Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht, das für alle, ohne Unterschied des Geschlechts, gelten soll, fordert die Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands, die Genossinnen aller Orten in einem Zirkular an die weiblichen Vertrauenspersonen auf. Das Zirkular weist darauf hin, daß die wachsende umfangreiche Erwerbstätigkeit der Frau auch für das weibliche Geschlecht den Besitz unbeschränkter Vereins- und Versammlungsfreiheit, vollen Koalitionsrechts zu einer Lebensnotwendigkeit macht. Die jetzt geltenden buntschiedigen vereinseigentlichen Bestimmungen der Einzelstaaten sind Hindernisse für die Aufklärung und Organisierung der Arbeiterinnen, der proletarischen Frauen. Ihr Text ist reaktionär, ihre Handhabung oft noch reaktionärer, so daß von einem Vereins- und Versammlungsrecht der Frauen manchmal keine Spur übrig bleibt, ja daß diesen gar die Koalitionsfreiheit geraubt wird, die ihnen nach dem Reichsrecht doch zusteht. Was in einzelnen Bundesstaaten zur Reform des Vereins- und Versammlungsgesetzes geschehen ist oder geschehen soll, wird nicht im entferntesten den Interessen, dem Recht der Frauen gerecht. Diese müssen deshalb durch ihr Wirken, ihre Agitation den Antrag der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion unterstützen, der ein freies Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht für Frauen wie Männer fordert. Die Genossinnen sollen zu diesem Behuf Versammlungen abhalten, die Frage in ihren Leses- und Diskutierabenden erörtern, ihre Forderungen in Versammlungen wie im Privatgespräch vertreten. Zu ihrer Information verweist das Zirkular die Genossinnen auf das Material, das in der Gleichheit seit Jahren zur Frage des Vereins- und Versammlungsrechts veröffentlicht worden ist.

Internationale Streikstatistik. Wenn auch im Monat März regelmäßig eine Belebung der Streikbewegung zu beobachten ist, so kam doch, schreibt die Arbeitsmarkt-Korrespondenz, der starke Aufschwung im März des laufenden Jahres ziemlich unerwartet. In Deutschland, Frankreich und England zusammengekommen, begannen nicht weniger als 174 Streiks gegenüber 134 im März des Vorjahres. Die hohe Zahl der Streikfälle entspricht der Entwicklung des Beschäftigungsgrades ganz und gar nicht und ist nur darauf zurückzuführen, daß in Frankreich aus ganz besonderen Ursachen die Streikbewegung einen ausnahmsweise starken Umfang annahm. Nicht weniger als 97 Streiks mit 45 092 Beteiligten begannen während des März. Davon entfielen 22 mit 34 182 Beteiligten auf das Textilgewerbe. Mit Rücksicht auf die halbtägige Verkürzung der Arbeitszeit, die vom 1. April gesetzlich einzutreten hatte, verlangten zunächst die Textilarbeiter in Roubaix am 15. März eine Lohnerhöhung. Von Roubaix aus pflanzte sich die Bewegung nach Lille und Courcoing fort. In diesen drei Städten nebst ihrer Umgebung werden etwa 140 000 Textilarbeiter gezählt. Gegen Ende des Monats streikten zirka 30 000 Arbeiter, deren Hauptforderung dahin ging, einen Kollektivvertrag zwischen dem Gewerkschaftsbund und den ebenfalls in einem Verbände organisierten Arbeitgebern sowie einen einheitlichen Lohnsatz zu erlangen. Die Bewegung endete im Anfang des April damit, daß die Streikenden teilweise Erfolg hatten. Zuerst nahmen die Arbeiter in Roubaix, dann die in Lille

die Arbeit wieder auf. Am längsten dauerte der Streik in Courcoing. In England war entsprechend der ungünstigen gewerblichen Situation die Streikbewegung recht gering. In 14 Ausständen beteiligten sich 1305 Arbeiter, während im März vorigen Jahres die Zahl der Streikfälle 31, die der Beteiligten 9784 betragen hatte. In Dänemark führten schon seit längerer Zeit bestehende Differenzen zu einer umfangreichen Betriebseinstellung im Buchbindergewerbe. In Kopenhagen wurden zirka 1000 Gehilfen arbeitslos. Auch in den Provinzen machte sich die Bewegung bemerkbar. Entweder stellten die Arbeitgeber den Betrieb, oder die Gehilfen und namentlich die weiblichen Arbeitskräfte die Arbeit ein. In Schweden fanden zahlreiche Schuhmacherstreiks statt. Während des Jahres 1903 fanden in Schweden im ganzen 142 Arbeitseinstellungen statt, an denen sich 24 474 Arbeiter beteiligten. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika war die Streikbewegung während des März in einzelnen Gewerben recht lebhaft. In vielen größeren Städten legten die Bauarbeiter die Arbeit nieder. Am lebhaftesten war die Ausstandsbewegung in New York, wo Mitte März etwa 15 000 Maurer streikten, um höhere Löhne zu erlangen. Durch den Ausstand wurde fast die gesamte Bautätigkeit in New York lahmgelegt.

Gesetzliche Minimallohne. Die Festlegung gesetzlicher Mindestlöhne ist ein Problem, an dessen Lösung die Regierungen der europäischen Industriestaaten sich bisher noch nicht herangewagt haben, und für lange Zeit noch wird dies auch kaum zu erwarten sein. Dagegen haben einige Staaten der Nordamerikanischen Union damit begonnen, bestimmte Löhne festzusetzen, zunächst für solche Arbeiten, welche direkt von der Kommune beziehentlich vom Staat ausgeführt werden. Der höchste Gerichtshof der Vereinigten Staaten, der kürzlich über ein solches Gesetz des Staates Kansas zu urteilen hatte, entschied dahin, daß die Gesetze, welche Mindestlöhne festsetzen für die öffentlichen Arbeiten, seien sie nun ausgeführt direkt durch die öffentlichen Behörden oder durch Zwischenunternehmer, die volle Gesetzeskraft besitzen. — In diesen Bestimmungen dürfte der Anfang für eine spätere Gesetzgebung, durch welche gesetzliche Lohnregulierungen erfolgen, gegeben sein.

Die baldige Anstellung einer Gewerkschaftssekretärin wurde vom Schweizerischen Gewerkschaftskongress, der in Luzern tagte, einstimmig beschlossen. Aufgabe der Sekretärin soll es vor allem sein, die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterinnen zu fördern. Schon der vorige Gewerkschaftskongress hatte die Anstellung der Beamtin beschlossen, jedoch war der Beschluß aus Mangel an Mitteln unausgeführt geblieben. Der diesjährige Kongress erklärt nun, daß die Anstellung in nächster Zeit erfolgen solle.

Einigungsämter im Kanton Zürich. Im Züricher Kantonsrat wurde die Motion des Demokraten Professors Zurcher, betreffend die Schaffung staatlicher Einigungsämter, wofür die Regierung einen Gesetzentwurf vorlegen soll, ohne Debatte einstimmig angenommen. In der Begründung seiner Motion wies Dr. Zurcher unter Anführung eines erst kürzlich vorgekommenen bestimmten Falles auf die unzulässige Einmischung der Polizei in einen Streit hin, ein Zustand, der in einem Wohlfahrtsstaate nicht geduldet werden kann. Der Staat hat noch andre Mittel, um sich in einem Streitfall den Parteien nützlich zu erweisen. Bei drohenden oder schon ausgebrochenen Streiks sollte eine unparteiische Instanz mit Ernst und Nachdruck die Vermittlung zwischen den Parteien versuchen. Zu prüfen wäre auch, ob man nicht Arbeiterausschüsse einsetzen und die Vergabung von Staatsarbeiten an die bindende Zusage der Annahme des Schiedsgerichts durch den Unternehmer knüpfen sollte. Von welterschütternder Bedeutung ist zwar die Einführung von Einigungsämtern nicht, aber sie können in mancher Hinsicht Gutes schaffen.

In Basel und St. Gallen bestehen solche Gesetze bereits, die Stadt Zürich hat ebenfalls ein Einigungsamt, anderorts ist die Vermittlung in Streikfällen den Verwaltungskommissionen der Arbeitsämter übertragen.

Berichte.

Chemnitz. Welcher Wert unsern Verbandsversammlungen oft beigemessen wird, zeigt auch unsere letzte Versammlung. Waren doch wieder nur die da, welche immer kommen. Dann und wann mal einer, den man beinahe schon vergessen hatte, der aber bei seinem Kommen sehen kann, daß er von der „alten Garde“ mit freundlichen Augen gern gesehen wird. Schuld, daß mancher nicht kommen konnte, ist die örtliche Verwaltung, denn sie konnte doch wohl wissen, daß mancher etwas Wichtiges verhatte. Fragt man den oder jenen nach dem Grund seines Fernbleibens, dann hört man ja, daß sie keine Schuld haben oder haben wollen. Denn der eine meint, treuherzig wie jeder, der eine Entschuldigung nötig hat, ja, ich konnte nicht kommen, hatte gerade Sitzung in meinem Verein, der andre hatte gerade Pfeifenklub, wieder andre hatten großes Essen, d. h. Vereinsessen, und da konnte er auch nicht bei uns sein. Nun, einem jeden ist die Stunde zu gönnen, welche er verlebt, ohne von des Lebens Sorge und der Arbeit Mühe verfolgt zu werden. Wir aber, die wir Mitglieder eines Verbandes sein wollen, gehören doch auch zusammen und ein jeder von uns hat das heilige Recht, zu verlangen, daß, wenn der Verband ruft, daß dann ein jeder komme. Gerade bei der letzten Versammlung wäre es sehr erwünscht gewesen, es wäre ein jeder dagewesen; wäre es so, brauchte ich Euch nicht im Tabakarbeiter zu berichten, was in letzter Versammlung zum Beschluß erhoben wurde. Nun aber Kollegen, sei es Euch auf diesem Wege zu wissen getan und hoffe ich, daß sich ein jeder der Solidarität besleißigen wird. Werte Kollegen und Kolleginnen, bis heute haben wir, wenn es sich um Ausgaben handelte, die nicht der Verbandskasse entnommen werden konnten, uns immer aufs Bitten legen müssen. Daß solches für uns nicht angenehm war, weiß wohl jeder von Euch am besten. Diesen traurigen Verhältnissen vorzubeugen, beschloß nun die letzte Versammlung, daß in jedem Monat einmal jedes Mitglied verpflichtet sei, eine Extrasteuer von 10 Pfg. zu zahlen. Zu bemerken habe ich noch, daß unsere Voten Mitte Mai diese Extrasteuer einholen werden. Rechenschaft über diese Extrasteuer könnt Ihr täglich fordern, aber auch ohne sie zu fordern, wird sie Euch gegeben werden. Kollegen und Kolleginnen, wie Ihr seht, mußte über eine Sache Beschluß gefaßt werden, ohne Eure Meinung zu kennen, darum kommt zu jeder nächsten Versammlung. Wir hoffen, daß keiner Widerspruch erhebt, sondern die Extrasteuer gern bezahlt, auf daß die Verwaltung der traurigen Pflicht, sich aufs Statut berufen zu müssen, enthoben wird. Hermann Weiß.

Bojen. Am 14. April abends 8 Uhr tagte hierorts im Sommerischen Lokal, Hedwigstraße Nr. 16, eine öffentliche Tabak- und Tabakarbeiterinnen-Versammlung. Die Bekanntmachung erfolgte mittels Flugblätter durch die Arbeiterpresse, sowie durch

mündliche Einladung. Und trotz alledem waren doch nur sechs Kollegen sowie einige Frauen erschienen. Gewiß ein trauriges Bild von Indifferenzismus und Gleichgültigkeit. Das Referat hatte Frau Niesel aus Berlin übernommen. Dieselbe sprach in 1½stündigem Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Ihre Ausführungen waren fesselnd und wurden von den Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Recht charakteristisch war das Verhalten einiger hiesiger Zigarettenfabrikanten; dieselben hatten nämlich ihren Arbeiterinnen verboten, nach unserer Versammlung zu kommen, wer dort hin ginge, wäre sofort entlassen. Ein starkes Stück von Terrorismus. Diese Herren hatten auch einen Vertreter nach der Versammlung geschickt, um eventuell die Uebertreterinnen des Verbots seinem Chef namhaft zu machen. Wegen der zu geringen Beteiligung wurde in keine Diskussion eingetreten.

Würzburg. In einer Mitgliederversammlung des Tabakarbeiterverbandes vom 17. April stellte Kollege Schmidt die Frage an die Kollegen, wie sie sich dazu stellen, daß so viele neue Sorten Zigarren in kurzer Zeit in der Fabrik J. Schürer eingeführt worden sind und möchte gerne wissen, wie es in anderen größeren Fabriken steht. Ueber diese Frage kommen verschiedene Meinungen zutage. Kollege Vob fragte an, ob in der Fabrik J. Schürer keine Kommission oder kein Fabrikausschuß bestehe; letzterer wurde in einer Fabrikversammlung beschlossen und derselbe wurde aus drei Organisierten und zwei Nichtorganisierten zustande gebracht; die Firma Schürer erkannte den Ausschuss an. Leider zeigte der Fabrikausschuß keine Ausdauer, was als eine große Nachlässigkeit von dem Ausschuss zu betrachten ist; warum er eingeschlafen ist, darüber sind wir uns heute noch nicht klar. Kollege Vob machte uns den Vorschlag, eine Fabrikversammlung einzuberufen; in derselben sollte eine Kommission resp. ein Arbeiterausschuß gewählt werden, der bei der Firma Schürer schriftlich anfragen soll, ob sie den Arbeiterausschuß anerkenne. Hierauf stellte Kollege Stumpf den Antrag, der Ausschuss unseres Verbandes möge eine Einladung ausarbeiten und in der Fabrik zirkulieren lassen; zugleich wurde auch ein bestimmter Tag festgesetzt. Dieser Antrag findet einstimmige Annahme. Der Ausschuss arbeitete folgendes Zirkular aus:

An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schürerschen Tabakfabrik. Kollegen und Kolleginnen!

Um einen schon lange gefühlten Uebelstand in unserer Fabrik, das Fehlen eines Arbeiterausschusses, endlich abzustellen, laden wir Euch alle zu einer Fabrikversammlung am Dienstag, abends 6 Uhr, in Schneiders Keller ein. Kollegen und Kolleginnen! Nicht Ungleichheit zwischen Euch und Eurem Arbeitgeber wollen wir erzeugen, im Gegenteil! Um eine größere Einheit zu schaffen, dazu ist ein Arbeiterausschuß nötig! Denn alle Beschwerden des einzelnen, der sich heute nicht getraut, auf eigne Faust mit dem Arbeitgeber über einen Punkt, der vielleicht von demselben, wenn er ihn bekannt, längst geregelt worden wäre, zu verhandeln, können weit besser und schneller erledigt werden, wenn sie durch einen Arbeiterausschuß der Fabrikleitung nach genauer vorheriger Prüfung unterbreitet werden. Kollegen und Kolleginnen! Kommt alle in die Fabrikversammlung, keiner und keine darf fehlen!

Aber von der ganzen Fabrik, die insgesamt ca. 300 Personen beschäftigt, waren 30 Mann anwesend, und leider wurde an diesem Abend ein trauriges Resultat erzielt. Kollege Weher als erster Bevollmächtigter eröffnete die von seiten des Tabakarbeiterverbandes beschlossene Fabrikversammlung und richtete die Frage an die Anwesenden, wie sie sich zu diesem Versammlungsbefehl stellen. Es meldeten sich mehrere Kollegen zum Wort und sprachen sich alle dahin aus, daß man heute nicht imstande sei, einen Arbeiterausschuß wählen zu können. Kollege Bauer wünschte zu wissen, was ein Arbeiterausschuß alles zu machen hat. Hierauf bekam Kollege Vob das Wort, welcher zu diesem Punkt als Referent bestimmt war. Derselbe führte in sachlicher Weise aus, wie und was ein Arbeiterausschuß zu schaffen hat, Koll. Weher stellte den Vortrag zur Diskussion. Da sich weiter keiner zum Wort meldete, wurde der Vorschlag gemacht, zur Wahl einer Kommission zu schreiten, welche ein Flugblatt ausarbeiten soll und es in der Fabrik unter den Arbeitern zu verbreiten hat. Es wurden verschiedene Kollegen vorgeschlagen; dieselben lehnten alle rundweg ab. Koll. Vob erhielt das Schlusswort und bedauerte es, daß der Verband hier am Orte nicht soviel Macht besäße, eine solche Kommission in Stand zu setzen, noch weniger einen Arbeiterausschuß und schloß mit den Worten: Hier haben die Kollegen noch zu viel Angst und Furcht. Und so ging die Versammlung resultatlos aus. Das muß anders werden. Raftt Euch auf und laßt Euch nicht von einigen Kollegen, die sich etwas mehr dünken, einschüchtern, denn auch für diese Kollegen gelten die Worte: Das ist der Unberstand der Massen, den nur des Geistes Schwert durchbricht.

Gartha. Wie nötig den hiesigen Tabakarbeitern und Arbeiterinnen der Anschluß an ihre Organisation täte, zeigt folgender Vorfall: In der an unserm Orte befindlichen Filiale der Bahheimer Zigarrenfabrik von Döring u. Co. werden den Arbeitern bekanntlich äußerst niedrige Löhne gezahlt. Für eine Sorte (Pissen mit Brasileinlage) zahlte die Firma bisher 6.80 Mark Koller- und Widelmacherlohn, für eine andre, bessere Sorte 7.50 Mark. Die Arbeiter, die die erstere Sorte anfertigten, glaubten, daß 6.80 Mark doch ein etwas zu niedriger Lohn sei. Sie stellten dies Herrn Profe, einem Mitinhaber der Firma, vor. Herr B. ließ sich denn auch bewegen, eine kleine Lohnaufbesserung von 20 Pfg. pro Mille zu gewähren. Doch man höre und — urteile! Gleichzeitig zog dieser Herr an der Sorte, für die er bisher 7.50 Mark gezahlt hatte, 50 Pfg. pro Mille ab. So versteht Herr B. seinen Vorteil zu wahren auf Kosten seiner Arbeiter. Ueberhaupt scheint Herr Profe eigentümliche Begriffe von dem zu haben, was einem Arbeiter zusteht. Einer Arbeiterin, die ihn um eine kleine Lohnaufbesserung ging — sie erhielt für Handarbeit 10.50 Mark — antwortete er: „Mein liebes Kind, gehen Sie mal Sonntags weniger zu Lange, dann kommt das wieder mit heraus.“ Also eine Zerstreung oder ein Vergnügen gibt es für Arbeiter nicht. Daß auch der Meister ganz auf seiten der Unternehmer steht, geht daraus hervor, daß derselbe auf Vorfstellungen immer nur zu antworten weiß, daß im Buchhause (die Firma läßt auch im Buchhause arbeiten) viel billiger gearbeitet wird. Auf das Entwürdigende dieses Vergleichs einzugehen, ist wohl überflüssig. Leider sind von den Arbeitern dieser Firma sehr wenig organisiert. Wäre das Gegenteil der Fall, dann könnte den Herren einmal klar gemacht werden, daß die Arbeiter nicht nur zur Ausbeutung ihrer Arbeitskraft da sind. Öffentlich ziehen die Tabakarbeiter Hartas eine Lehre hieraus und schließen sich sämtlich ihrer Organisation an. Nur gestützt auf diese ist es möglich, bessere Lebensbedingungen zu erlangen.

Hergheim. Wir sehen uns genötigt, den Raum des Tabakarbeiters in Anspruch zu nehmen, um einige Tatsachen richtig zu stellen, die ein „christlicher“ Zeilenreißer, der es anscheinend mit der Wahrheit nicht so genau nimmt, in der Nummer 8 der Deutschen Tabakarbeiterzeitung onkstell hat. Jeder Uneingeweihte, der den Artikel genannter Nummer las, mußte zu der Anschauung gelangen, daß der glückliche Ausgang der Lohnbewegung bei der Firma Kurze u. Hering nur der Tätigkeit und der Friedensliebe der „schwarzen“ Verbändler zuzuschreiben wäre und daß die hiesigen Mitglieder unseres Verbandes dabei bloß die Rolle der Störenfriede gespielt hätten. Wir können aber behaupten, und das wird uns von den „Christlichen“ gewiß keiner streitig machen wollen, daß unsre Kommissionsmitglieder während der ganzen Bewegung ihre volle Kommissionität getan haben, sowohl in den Sitzungen als auch bei den Verhandlungen mit der genannten Firma. Der Raum des Tabakarbeiters ist zu wertvoll, um auf jeden einzelnen Satz näher einzugehen. Es hieße auch den Gegner ehren, wenn man das ganze Gefasel registrieren

„Schwarze“ Geisteshebel schreibt, daß zu Anfang der Bewegung bei der genannten Firma 47 Zigarrenmacher beschäftigt waren, von denen 31 dem „Christlichen“ und 9 dem „roten“ Verbands angehörten. Wichtig ist aber, daß von den 47 Zigarrenmachern 16 dem freien und 29 dem christlichen Verbands angehörten, 2 waren nicht organisiert. Weiter heißt es in dem Artikel: Trotz dieser ungleichen Stärke usw. räumten unsere Kollegen den „Genossen“ freiwillig zwei Sitze in der Kommission ein. Dieser Satz ist vollständig entfallen, in Wirklichkeit verlangte man von uns direkt, daß wir drei Mann zur Kommission stellen müßten. Erst auf unsere Einwendungen hin begnügten sie sich mit 2 Mann. Sehr aufgebracht ist der Artikelschreiber darüber, daß ein christliches Kommissionsmitglied in einer Sitzung von uns als Arbeitervertreter bezeichnet wurde. Er vergaß aber dabei, die volle Wahrheit zu veröffentlichen, warum dieses geschehen ist. Wir sehen uns daher genötigt, das von ihm Verfaßte nachzuholen. Nach der ersten Versammlung, in der die Lohnhöhe besprochen wurde, wurden die einzureichenden Forderungen von den „roten Brüdern“ ausgearbeitet, der Kommission vorgelegt und von dieser unbeanstandet unterschrieben. Die Abschrift behielten wir in Händen. Am 27. Februar wurden die Forderungen eingereicht. Fünf Tage danach kam nun das oben erwähnte Kommissionsmitglied zu uns und suchte sich unter falschen Vorpiegelungen die Abschrift der Forderungen zu verschaffen, was ihm denn auch gelang. Die Forderungen brachte er dann Tags darauf einem Privatmann, der ein großer Freund der christlichen Gewerkschaft sein soll und als ein großer Arbeiterfreund gepriesen wird. Wir denken von dem Manne anders. Auch von einer sehr hochgestellten Persönlichkeit unseres Ortes wurden gegen die Handlung dieses „christlichen“ Kollegen Bedenken gehegt, wie uns der erste Vorsitzende des „christlichen“ Verbandes selbst mitteilte. Als wir bei der darauffolgenden Kommissionssitzung die Sache zur Sprache brachten, leugnete der „christliche Bruder“ zuerst hartnäckig, gestand aber nachher alles, als er erfuhr, daß wir es von dem ersten Vorsitzenden seines Verbandes erfahren hatten. Unsere Kollegen haben ihm dann gründlich den Stear gestochen und die Handlungsweise als Mogelei und Arbeiterverrat bezeichnet. Darob große Entrüstung im christlichen Lager. Erwähnen möchten wir noch, daß bei der genannten Kommissionssitzung zwei der christlichen Helden sich wie rasend gebärdeten. Daß wir von da ab den „Christlichen“ etwas näher auf den Leib rückten und ihnen besser auf die Finger sahen, erachteten wir als notwendig. Am 28. März fand nun eine öffentliche Versammlung statt, in der nun der Verbandsleiter, wie im erwähnten Artikel mitgeteilt wird, mit den „Genossen“ „gründlich abrechnete“. Die ganze Abrechnung bestand aber darin, daß er unser Vorgehen gegen die Handlungsweise der „unschuldigen“ Christlichen als charakterlos und gemein bezeichnete. Im weiteren Verlaufe der Versammlung schimpfte er, wie gewöhnlich, über die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Mit diesem Thema wird man aber die hiesigen indifferenten Arbeiter vom dem Nutzen und der Notwendigkeit der Gewerkschaften nicht überzeugen können. Aber der Zweck muß die Mittel heiligen. Denn wenn man bedenkt, daß das Gros der hiesigen Arbeiter von der Sozialdemokratie nicht einmal eine blasse Ahnung hat, sondern dieselbe noch als den siebenköpfigen Drachen betrachtet, so braucht man diesen Arbeitern nur zu sagen: „Der Deutsche Tabakarbeiter-Verband ist sozialdemokratisch!“ und der Zweck ist erreicht, zum Schaden unres Verbands.

Zur Charakteristik der Ehrlichkeit und Friedensliebe der „Christlichen“ möchten wir noch erwähnen, daß von uns zu Anfang der Bewegung die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung unsererseits in Aussicht gestellt wurde. Der zufällig anwesende Bezirksleiter ersuchte uns jedoch dringend, während der Bewegung nur keine öffentliche Versammlung abzuhalten, da dies der Bewegung nur Schaden könne. Dies sagte er uns am 4. März. Am 28. März, also mitten in der Bewegung, hielten die „Christlichen“ dann selbst eine öffentliche Agitationsversammlung ab, über deren Verlauf wir ja bereits berichtet haben. Das Urteil über diese Handlungsweise der „ehrliehen Arbeiter“ überlassen wir den berechneten Lesern. Wir möchten zum Schluß die Kollegen allerorts ermahnen, sobald sich ein Zusammenarbeiten mit den „Christlichen“ nötig macht, denselben genau auf die Finger zu sehen. Den Mitgliedern unserer Zählstelle möchten wir aber die dringende Bitte ans Herz legen, fest und treu zum Verbands zu stehen und sich von den Machinationen der „Schwarzen“ nicht einschüchtern zu lassen, sondern unermüdet zu agitieren für den Ausbau unserer Zählstelle und zum Wohle der hiesigen Tabakarbeiter.

Litterarisches.
Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Dieck' Verlag) ist soeben das 31. Heft des 22. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Kohlenwucher. — Historischer Materialismus und Religion. Von Anton Pannekoek (Leiden, Holland). — Der politische Streit auf dem zehnten Parteitag der niederländischen Sozialdemokratie. Von Henriette Roland-Holst. — Die neueste Phase in der Entwicklung der Arbeiterorganisation. Von Emil Fischer (Hamburg). — Die Sozialdemokratie in den Balkanländern und die Türkei. Von Milorad Popowitch. — Literarische Mundschau: Paul Ernst, Der schmale Weg zum Glück. Von K. K. Dr. R. Fuchs, großherzoglich badischer Fabrikinspektor, Dr. Friedrich Wörthhoffer, Vorstand der großherzoglich badischen Fabrikinspektion von 1879 bis 1902. Von ad. br.

Unsere Verlagswerke.
II.
Wie notwendig es ist, den Arbeiter fortgesetzt über seine Rechte und Pflichten, namentlich auch auf dem Gebiete der drei großen Arbeiter-Versicherungsgesetze, aufzuklären, beweist u. a. die stetig zunehmende Inanspruchnahme aller Arbeitersekretariate in Deutschland. Krankenversicherung, Unfall und vor allem das große Gebiet des Invalidenversicherungsgesetzes, sind vielfach noch zu wenig bekannt, werden oft noch zu wenig beachtet. Aber nicht nur in diesen Dingen, sondern auch in den damit zusammenhängenden: dem Dienstvertrag, den Streitigkeiten aus dem gewerblichen Arbeitsvertrag, ferner dem Armenrecht, der Eheschließung und Scheidung, der Erziehung, Impfung und dergleichen mehr, herrscht große Unklarheit. Ueber all dieses und anderes, besonders die wertvolle Bevölkerung interessierende Fragen, so die Zwangsverwaltung, Auswanderungsgesetzgebung, Militärdienstpflicht und was damit zusammenhängt, weiter das Kinderschutzgesetz, Prozesskosten, Reichsposttarife, gibt nun ein in unserem Verlage erschienenes, 308 Seiten starkes, elegant gebundenes Werk Auskunft:

Der Ratgeber für Arbeiter.
Eine Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen aus den Arbeiter-Versicherungsgesetzen und der bürgerlichen Gesetzgebung. Derselbe enthält im Anhang: Das Programm der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und das Wahlgesetz für den Deutschen Reichstag und weist das Inhaltsverzeichnis 68 Titel auf.
Um eine angemessene Verbreitung dieses Ratgebers zu erzielen, wurde der Preis auf **1.25 pro Exemplar** festgesetzt und glaubt damit unser Verlag einen weiteren Schritt zur Aufklärung der Arbeiterschaft getan zu haben.
An dieser selbst aber liegt es, nunmehr auch für die weiteste Bekanntheit des Werkes zu sorgen. In jeder Vereinsbibliothek sollten sich eines oder mehrere Exemplare befinden, um gegebenenfalls gleich zur Hand zu sein.
Der Ratgeber für Arbeiter ist von der gesamten Partei- und Gewerkschaftspresse gut besprochen und überall warm empfohlen worden.
Unsere **Vollstundhandlung**, sowie die **Expedition des Tabakarbeiter**, Lauchaer Str. 19/21, in Leipzig, nehmen zum genannten Preise (Porto 20 Pfg. extra) gern Aufträge entgegen.
Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Briefkasten.
Herrheim. Aufpassen! Brief kostete 20 Pfg. Strafporto. Kam außerdem zu spät hier an.
Die Bevollmächtigten bzw. Kollegen der einzelnen Zählstellen werden gebeten, die noch rückständigen Beiträge für aufgenommene Inserate umgehend an uns abzuführen.
Die Expedition,
Leipzig, Lauchaer Straße 19/21.

Vereinsteil.
Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Altenhof**, Rogartstr. 5, I.
Ausschuß: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: Karl Krafftig, Dresden, Schanzengr. 3, II.
Eingegangen: Halbau 50 Mt., Lübeck 60 Mt., Hochdorf 100 Mt., Rohrbach 40 Mt., Rostock 80 Mt., Verburg 50 Mt.
Sterbefälle: Finsterwalde 104 Mt., Halbau 5.20 Mt., Rohrbach 8.10 Mt., Rinteln 24.31 Mt., Camsdorf 10.27 Mt., Görlich 50 Mt., Verburg 50 Mt.
Zuschüsse: Celle 75 Mt., Oepeln 100 Mt., Rheingüntherheim 75 Mt., Holzhausen 40 Mt., Dresden 200 Mt., Wittenberg 75 Mt., Fürstentum 75 Mt., Freuden 50 Mt., München 50 Mt. Krankengelder: 100.92 Mt.
Sterbefälle: Groß-Steinheim 200 Mt.
Hamburg, den 2. Mai 1904. **B. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.
Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.
Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das **Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II.**, zu adressieren.
Geld-, Einreichungs- u. Versendungen nur an **W. Nieder-Welland, Bremen, Marktstraße 18, II.**
Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an **Heinrich Meißner, Hannover, Lange Str. 1, II.**, zu adressieren.

Bekanntmachung.
Das auf den Namen **Ferdinand Jesse** aus Werl lautende Buch, Ser. II, 22902, ist als gestohlen gemeldet, im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und an uns einzuliefern. Der Dieb soll Eimo Dekar Schubert heißen und Zigarrenarbeiter sein.
Wegen Schädigung des Verbandes gestrichen: **Ridy, Leimis aus Brandenburg a. S.**, Buch Ser. II, 14652.
Das auf den Namen **Fritz Stegemann** aus Lübeck lautende Buch ist zu konfiszieren und an uns einzuliefern. Ser. und Nr. vorläufig unbekannt.
Bremen. Der Vorstand.
Vom 27. April bis 2. Mai 1904 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:		B. Mitglieder, welche ihre Beiträge an die Hauptkasse einbezahlt haben:	
Nr.	Summe	Nr.	Summe
25. April, Torgau	60.—	28. Dahme	200.—
25. Bülow (C. v. Wolter)	8.22	28. Glas	50.—
25. Habersleben	100.—	29. Wülfers i. W.	75.—
25. Buttstädt	70.—	29. Lüben i. Schl.	18.82
25. Nedarhausen	133.94	29. Gibau i. S.	70.—
25. Zwenkau	15.—	30. Mündenberndorf	60.—
26. Kirschin	40.—	30. Driefen	40.—
26. Barmbed	250.—	30. Erdmannsdorf	50.—
26. Ehwage	100.—	30. Döbriß	35.—
26. Altona a. E.	300.—	30. Velten	120.—
26. Schöned	4.23	30. Leisnig	250.—
26. Mugschen	100.—	30. Offenbach a. M.	100.—
26. Jahnrow	100.—	30. Finsterwalde	400.—
26. Lindau	70.—	30. Kottbus	190.—
26. Röhwein	100.—	30. Kpolda	60.—
26. Wernigerode	470.—	30. Raunhof, R. R.	5.—
27. Dortmund	40.—	1. Mai, Helmstedt	55.—
27. Kiel	60.—	1. Glüchstadt	60.—
27. Herford	60.—	1. Schwiebus	200.—

C. Freiwillige Beiträge:
29. April, Frankenberg, Chr. Kunkel, von der Kasse der Tabakarbeiter-Genossenschaft 200.—
30. Mündenberndorf, H. Weyer 4.40
D. Für Annoncen:
26. Wernigerode, in Nr. 5, 7 und 14 des Tabak-Arbeiter 1.70
Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiemit den Kollegen in Erinnerung gebracht.
Erlaube die Herren Abfender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.
Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.
Bremen, den 2. Mai 1904. **B. Nieder-Welland,** Kassierer, Marktstraße 18, II.

Vom Vorstande sind ernannt:
Für **Griesheim:** Kaspar Masfot als Kontrollleur.
Für **Liegnitz:** Bartholomäus Mada als 1. Bev., Karl Gebel als 2. Bev., Karl Obst als 3. Bev.
Für **Lorsch** (früher Großhausen): Karl Jäger als 1. Bev.
Für **Mannheim:** J. Ob. Ober als 1. Bev., Adolf Leister als 2. Bev., Ernst Sawalbach als 3. Bev.; Paul Behmel, S. Sandte als Kontrollleur.
Für **Posen:** Jos. Krause als 2. Bev.
Für **Wernigerode:** Rob. Koßoff als Kontrollleur.

Provisorisch aufgenommen sind:
Pauline Speck, Anna Jilmann, Berta Wagner aus Zeditz, Emma Kuhn aus Baumgarten, Paul Feilhaner aus Wanschen, Herrn. Weite aus Helrich, Joseph Feige, Robert Rutschke aus Wanschen, Ernst Pfeiffer aus Sigmarsdorf, Georg Wankel aus Wilschitz, Ernst Böhm aus Wanschen, Joseph Ubrich, Richard Schabel aus Alt-Böhm, Pauline Schewel aus Hennerdsdorf, Anna Gallus, Anna Friemelt aus Baumgarten, Marie Grabolla aus Stannowitz. (248)
Karl Dies, Aug. Laake aus Niederbergen, Fritz Blöbaum aus Ebinghausen. (289)
Fritz Krause aus Lieberose. (105)
Georg Fiese aus Dahme. (68)
Guido Hübschmann aus Hermannsdorf, Selma Dettel aus Wittweida, Auguste Antonie Ehrlich aus Neuhädel, Anna Marie Frmscher aus Frankenberg, Fanny König aus Schöned, Wihl. Hauptstein aus Sägung. (54)
Mag. Klug aus Johannegeorgenstadt (z. R.). (169)
Friedr. Gollmann aus Dabrun. (343)
Georg Becker aus Kirchheim. (159)
Gust. Hoffmann, Franz Köfel, Elise Marjes, Friederike Weiler aus Speier. (332)
Wihl. Müller aus Winsen, Feinr. Buchtmann. (376)
Ernst Friede, Ludwig Koch aus Rehme. (289)

Alfred Kuhn aus Reppen, Wilhelm Meyer aus Frankfurt a. O. (beide z. R.). (101)
Fr. Hebrans aus Wernigerode. (365)
Otto Stier aus Hagenow, Emil Rohde aus Parchim, Otto Evers aus Rehna, Herm. Krieg aus Röbel, Karl Käsel aus Lübed. (297)
Gertrud Weier, Johs. Kuhn aus Schwedt a. O. (335)
Feinr. Glosmeier aus Lübbinghausen (z. R.). (197)
Rob. Haenede aus Königswusterhausen. (82)
Wihl. Hoffmann aus Dobrilugk. (75)
Rich. Wagenknecht aus Schwiebus. (331)
Fr. Engelbrecht aus Minden. (172)
Feinr. Glosier aus Groningen, Joh. Samson aus Goch. (228)
Rob. Haenic aus Kl.-Westen. (11)
Ferd. Knoll, Jaf. Müller, Jaf. Schirmer, Kath. Schulz, Jaf. Trauthem aus Herzheim. (135)
Gust. Hobe aus Lauchstädt. (405)
Marie Böhm aus Döppeln, Marie Friede geb. Nebachl aus Kamisch. (286)
Mag. Wieloch aus Ohlau. (123)
Friedr. Wihl. Casstiens aus Heide i. Holstein. (336)
Paul Klomane aus Breslau (z. R.). (36)
Albert Wüller aus Rothenburg, Karl Arndt aus Achim (z. R.). (8)
Emilie Jork aus Trebbin. (346)
Georg Hentel aus Göttingen. (19)
Rudolf Schulz aus Birnbaum. (196)
Rich. Franz aus Ebersdorf (z. R.). (37)
Paula Ruderich aus Gera, Frida Schreier, Ida Löße aus Hofenmüssen, Elsa Haubenreißer, Emilie Marggraf geb. Fiedling aus Taubenpreßeln, Ida Buchert geb. Urban, Frida Müller aus Liebschwitz, Rosa Bergner aus Mufen, Frida Fischer aus Triptitz, Gertrud Breitfeld aus Großsch. (?)
Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.
Bremen. Der Vorstand.

Die Reiseunterstützung wird ausgezahlt:
In **Ultra:** Bei Wihl. Groth, Ramenzer Str. 222d.
In **Herford:** Im Vereinslokal bei Witwe Dverbed bis 7 Uhr abends. Umhauen ist unterlagt.
In **Liegnitz:** Bei Karl Gebel, Steinweg 9. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.
In **Lorsch:** Bei Karl Jäger, Medarstr. 51. Von 12—1 Uhr mittags und 6—8 Uhr abends.
In **Mannheim:** Im Lokale T. 5. 1. Von 12—1 Uhr mittags und 6—8 Uhr abends.
In **Posen:** Durch Jos. Krause, Jagörze 13, II. links. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 6—8 Uhr abends. An Sonn- und Festtagen von 8—10 Uhr vormittags.
In **Rehme:** Bei Otto Stahl. Von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.
In **Zerbst:** Durch Julius Weide, Klappgasse 13, II. Von 9 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:
In **Landsberg a. W.:** Durch Karl Krüger, Dammstr. 24. Die Auszahlung erfolgt nur Sonntags von 9—12 Uhr vormittags und gegen Vorzeigung eines Krankenscheins.

Adressenänderung:
Für **Kottbus:** Der 2. Bev. Wihl. Stiller wohnt jetzt Wallstraße 23.
Für **Chemnitz:** Der Obmann für den 15. Bezirk, Emil Scherger, wohnt jetzt Uferstraße 12 und wolle man alle Zuschriften an denselben senden.
Für **Posen:** Der 1. Bev. S. Paul wohnt von jetzt ab Jagörze 13. (Nachtrag zum Adressenverzeichnis.)
Für **Badeberg (Bez. Dresden):** Emil Döbriß, Stolpner Straße 17. Reiseunterstützung nur an Mitglieder, die am Ort in Arbeit treten. Versteht Zentralherberge.
Für **Liegnitz:** S. Mada, Schloßstr. (bei Tischlermstr. Ribbe), Reiseunterstützung bei Karl Gebel, Steinweg 9.
Die Zählstelle Großhausen ist in **Lorsch** umzuschreiben. Adr.: Karl Jäger, Medarstr. 51. Reiseunterstützung daselbst.
Berichtigung. Reiseunterstützung wird ausgezahlt in **Dessau:** Bei Karl Lingner, Bauhoffstraße 26, nicht, wie irrtümlich im Verzeichnis angegeben wurde, bei Emil Richter.
Ferner muß es im Adressenverzeichnis unter **Coburg** heißen: Chr. Bönning, 1. Bev., Herrngasse 1 und nicht Nagelinsgasse 4.

Agitation.
Im Auftrage des Vorstandes unternimmt **Max Fiesel-Berlin** in Baden eine Agitationstour. Die öffentlichen Tabakarbeiter-versammlungen finden in folgenden Orten statt:
Griesheim: Dienstag, 10. Mai
Sandhausen: Mittwoch, 11. Mai
Liegnitz: Donnerstag, 12. Mai
Landsberg: Sonnabend, 14. Mai
Ebingen: Sonntag, 15. Mai
Mingolsheim: Sonntag, 15. Mai (nachmittags)
Sandhausen: Montag, 16. Mai
Schweligen: Dienstag, 17. Mai
Hofenheim: Mittwoch, 18. Mai
Rehlingen: Donnerstag, 19. Mai
Mühlbach: Sonnabend, 21. Mai
Bremen. Der Vorstand.
St. Leon: Sonntag, 22. Mai
Neulübbeim: Montag (morgens), 23. Mai (Pfingsten)
Allschheim: Montag (nachmitt.), 23. Mai (Pfingsten)
Oberhausen: Dienstag, 24. Mai (morgens)
Herzheim: Mittwoch, 25. Mai
Reinhäusen: Donnerstag, 26. Mai
Untergrumbach: Freitag, 27. Mai
Karlruhe: Sonnabend, 28. Mai
Neufreitett: Sonntag, 29. Mai
Zunsweier: Montag, 30. Mai
Offenburg: Dienstag, 31. Mai

Mitgliederversammlungen.
(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
In **Waldheim:** Sonnabend, den 7. Mai, abends 1/9 Uhr, im Restaurant Schweigertal. Tagesordnung: 1. Rechnungsabschluss vom 1. Quartal. 2. Wahl der Ersatzmänner der Delegierten zum Gewerkschaftsstatut. 3. Verschiedenes. — Die werten Mitglieder wollen beachten, daß jeden ersten Sonnabend des Monats unsere Versammlungen im Schweigertal tagen und immer pünktlich und zahlreich erscheinen mögen.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**
In **Bünde:** Sonntag, den 8. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wihl. Berling. Tagesordnung: 1. Erhebung der Beiträge. 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrollleur. 3. Antrag betr. eines Ausfluges.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**
In **Altona:** Sonnabend, den 14. Mai, abends präzis 9 Uhr, im Lokale des Herrn E. Fels, Große Bergstraße 135. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Kartellbericht. 3. Die Neueinrichtung bezüglich der Arbeitslosenunterstützung. 4. Unser Sommervergnügen. 5. Verschiedenes.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**
In **Quisburg:** Sonnabend, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn L. Wöber, Unterstraße. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Bremerhaven. Reiseunterstützung wird bis auf weiteres hier nicht ausgezahlt. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**
Leipzig. Der Vertrauensmann G. Lehmann wohnt Kolonnenstraße 17, IV. Sprechzeit von 7—8 Uhr abends. Das Rufentlassen von der Fabrik ist auf alle Fälle zu vermeiden, da mir sonst Unannehmlichkeiten entstehen. Briefe sind nur an die angegebene Adresse zu senden. Reiseunterstützung wird nur im Römischen Hof ausgezahlt. Dorthin ist jeden Sonnabend Puffenabend. — Die Kollegen wollen dies beachten. J. A.: **Der Vertrauensmann.**
Zerbst. Achtung, Tabakarbeiter! Den reisenden Mitgliedern zur Kenntnis, daß das Umhauen am hiesigen Orte in Arbeit verboten ist. Mitglieder, die gewillt sind, am hiesigen Orte in Arbeit zu treten, möchten sich in ihrem eigenen Interesse an den 1. Bevollmächtigten Julius Weide, Klappgasse 13, wenden.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Grösste Auswahl!

Billigste Preise!

Von neuen Einfäulen empfehle als **ganz besonders preiswert**: **Sumatra Decker**, 2. Vollblattlänge, dunkelbraun, jedes Blatt unter Garantie schneeweiß brennend, 140 Pfg.; ferner empfehle eine hochfeine, ganz hellbraune, absolut sicher brennende **Sumatra Decke**, 2. Vollblattlänge, von enormer Deckkraft für 200 Pfg.; **Borneo Decke**, 1. Länge, feinste Mexiko-Farben, brennt schneeweiß, 125 Pfg.;

Vorstenland Decker { hellbraune Farbe } 110 Pfg.
 { 2. Länge Vollblatt }
 { brennt schneeweiß }

Java Umblatt, breites volles Blatt, leicht und wollig, 85 und 90 Pfg.; **Java Einlage**, recht blattig, an Qualität dem feinsten Feltz gleich, schneeweiß brennend, 80 Pfg.; **St. Felix Decker** (Dannemann), weiß brennend, 130 und 150 Pfg.; **Havanna Einlage**, leicht und weißbrennend, 90 und 100 Pfg.; **Losgut**, extrafeine Mischung bester Qualitäts-Tabake, meist Umblatt, 75 Pfg.

Preise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

Hans Wittig

Bremen 2. — Bremen 2.

Empfehle zu billigsten Preisen:

Sumatra, Decker, 125, 140, 150, 160, 180, 200, 210, 225, 250, 260, 275, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Java, Decker**, 130, 135, 140, 150, 160, 180 Pfg. — **Java, Umblatt**, 90, 95, 100, 105, 110, 115, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt und Einlage**, 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker**, 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna** 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Decker**, 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage**, 85, 90, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt**, 85, 90, 100, 105 Pfg. — **Domingo, Umblatt**, 80, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt**, 85, 90, 100 Pfg. — **Losgut, gemischte Original-Tabake**, 75, 80, 85 Pfg.

Ferner empfehle deutsche Tabake, prima Ware.

Elsässer Rebut 80 und 85 Pfg.

Preise per 1/2 kg verzollt. — Versand unter Nachnahme.

Kredit nach Uebereinkunft.

Brandt & Sohn, Bremen

empfehlen als **äußerst preiswert**
Sumatra, Decker, 120, 140, 150, 160, 180, 200, 220, 250, 270, 280, 300, 325, 350, 375, 400, 450 Pfg. — **Sumatra, Umblatt**, 90, 100, 110, 120, 125 Pfg. — **Java, Umblatt**, 80, 85, 90, 95, 100, 105, 110, 120 Pfg. — **Java, Einlage**, 75, 80, 85, 90 Pfg. — **Mexiko, Decker**, 250, 300, 350 Pfg. — **Havanna** 120, 150, 180, 200, 250, 300, 400 Pfg. — **Brasil, Decker**, 130, 150, 180, 200 Pfg. — **Brasil, Umblatt und Einlage**, 80, 85, 90, 95, 100, 110, 120 Pfg. — **Carmen, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg. — **Domingo, Umblatt**, 75, 80, 85, 90, 95, 100 Pfg. — **Seedleaf, Umblatt**, 80, 85, 90, 100 Pfg. — **Losgut, gemischte Original-Tabake**, 80, 85 Pfg. Ferner empfehle deutsche Tabake, prima Ware. — **Elsässer Rebut** 80 und 85 Pfg. — **Bühlertaler, Umblatt**, 85 Pfg.

Preise per 1/2 kg verzollt. Versand unter Nachnahme.

Kredit nach Uebereinkunft.

Kredit nach Uebereinkunft.

!Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branchen.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Preisliste 22 mit ca. 1000 Abbildungen kostenlos sofort!

En gros. **Rohtabak** En détail.

F. W. Helmecke, Magdeburg.

Grosste Auswahl! Billigste Preise!

Preisliste gratis und franko.

Carl G. Lahmann

Berlin N., Brunnenstr. 195

offert billigst:

Sumatra, Decker . . . von 140—500 Pfg.
Java, Umblatt . . . 105—135 Pfg.
Java, Einlage mit Umbl. . . . 80—100 Pfg.
Brasil . . . 85—150 Pfg.
Mexiko, grau, ff. Brand u. Arb. 260—400 Pfg.
Losgut, blattig, rein amerit. 80—85 Pfg.
Cuba, Domingo, Carmen, Wärter, Rebut, in bester Ware, sehr preiswert.

Auf diese meine Originalpreise gewähre, damit sich jeder von meiner Preiswürdigkeit überzeugt, folgenden

Extra-Rabatt

5% auf Deck-Tabake am 1. Montag
 3% auf Umbl.-Tabake am 2. Montag
 3% auf Einl.-Tabake am 3. Montag

Achtung!
 Extra-

Morgen
 Rabatt!

empfehle alle Sorten überseeischer Rohtabake sowie mein extra feines Losgut (Aufarbeiter)

bestehend aus nur ferngesunden, sehr blattigen u. flott brennenden guten Qualitätstabaken, wie **Seedleaf, Carmen, Ambalema, Java, St. Felix-Brasil u. Havanna**. Preis per Pfd. 75 Pfg., in Ballen 72 Pfg.

Albert Steen, Bremen.

Ich liefere billigst alle Bedarfsartikel und

Roh-Tabake

(nur sicher brennend) zur Zigarren-Fabrikation. Erteile sachmännlichen Rat.

J. G. EINERT Braunschweig.

Brinkmeier & Co.

Bremen.

Sumatra

Deli: Hochfeine, zarte 2. Vollblattlänge, ganz ideal in Brand und Geschmack . . . Pfd. 365 Pfg.
Deli: Edel, zarte 1. Vollblattlänge, hell . . . Pfd. 250 Pfg.
Deli: Edel 2. breite Vollblattlänge, hellbraun . . . Pfd. 240 Pfg.
Deli: Edel 2. breite Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 220 Pfg.
Deli: Feine 2. Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 200 Pfg.
Deli: Feine 2. Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 175 Pfg.
Deli: Schöne 2. Vollblattlänge, mittelbraun . . . Pfd. 150 Pfg.
Deli: 3. Vollblattlänge, sehr billige Decke, reiner Brand . . . Pfd. 120 Pfg.

Vorstenlanden

1. Länge, Vollblatt, Ia. Decker Pfd. 140 Pfg.

Java

Ia. Bezockt-Einlage mit Umbl. Pfd. 85 Pfg.
 Ia. reines Umblatt . . . Pfd. 110 Pfg.
 Bezockt-Decker, ausgesprochen helle, edle Farben, schneeweiß Brand . . . Pfd. 185 Pfg.

Brasil

Große, gebockte, sehr blattige Einlage . . . Pfd. 90 Pfg.
 Feine Qualitätseinlage, sehr blattig gebockt . . . Pfd. 100 Pfg.
 Hochfeiner Decker, prima Brand und Geschmack . . . Pfd. 200 Pfg.
 Feiner Cruz d'Almas, Umblatt und Einlage . . . Pfd. 115 Pfg.

Seedleaf

Feines Wisconsin-Havanna-Umblatt . . . Pfd. 100 Pfg.
 Umblatt und Einlage, reif, braun . . . Pfd. 85 Pfg.

Domingo

Hochf. Wollfa-Gewächs, FF Pfd. 100 Pfg.

Carmen, spottbillig

Hochfeines Umblatt Pfd. 90 und 100 Pfg.
 Umblatt und Einlage . . . Pfd. 80 Pfg.

Mexiko

Hochfeiner dunkler Decker . . . Pfd. 250 Pfg.

Havanna

Leichte aromatische Einlage . . . Pfd. 160 Pfg.
 Feine Decker, Vuelta abajo his " 1000 Pfg.

Losgut, besonders preiswert, kerngesund, enorm blattig

Aufarbeiter, rein amerikanisch Pfd. 75 Pfg.

Preise verstehen sich verzollt. Postkolli gegen Nachnahme.

Jeder Versuch führt zur dauernden Verbindung, wie der stetig wachsende Kundenkreis beweist. Umtausch anstandslos, daher kein Risiko.

Brinkmeier & Co., Bremen

Filiale: Berlin N. Brunnenstrasse 182.

C. Strohmann

Bremen, Tannenstr. 36

empfehle alle Sorten

Roh-Tabake.

Sumatra in allen Längen u. Farben, tabelloser Brand, per Pfund 120, 150, 175, 200, 250, 300, 350, 450 Pfg.

Havanna 250, 300, 450, 600 Pfg.

St. Felix-Brasil 90, 100, 120, 150, 200 Pfg.

Mexiko 150, 180, 200, 300 Pfg.

Vorstenlanden 150, 180, 220 Pfg.

Java 90, 100, 110, 120, 150, 180 Pfg.

Seedleaf 90, 95, 100, 120 Pfg.

Domingo 80, 85, 95, 100, 110 Pfg.

Carmen 80, 85, 95 Pfg.

Amerikanisches, gefundes, blattiges Losblatt 75, 80, 85 Pfg.

Für tabellosen Brand wird garantiert.

Preise sind verzollt unter Nachnahme.

Zahlungen nach Uebereinkunft.

Roh-Tabak

besonderes Angebot.

Sumatra, 2. Vollblatt, 110 Pfg. verzollt

2. Stückblatt, 105 Pfg. verzollt

empfehlen so lange der Vorrat reicht

Zeun & Ellrich

Berlin N. 31

151 Brunnenstrasse 151.

Ich liefere billigst Roh-Tabake

(nur sicher brennend) zur Zigarrenfabrikation

L. Becker

Hannover, Aßernstr. 8.

Carl Rother & Rode

Rohtabak-Handlung

Breslau I., Hummeri 26.

Spezialität: ff. Sumatras.

Grossartiges Lager sämtl. Tabake zur Zigarrenfabrikation.

Billigste Preise. — Streng solide Bedienung. — Bei Aufträgen von 20 Mark an 3% Skonto. — Versand an Unbekannte nur unter Nachnahme. — Umtausch gern gestattet.

Hans u. geb. Wickelmann. Grus und Spitzen.

Carl Reese

Bremen, Kleine Weidestraße 10

empfehle alle Sorten Rohtabake zu billigsten Preisen.

Spezialität:
Loses Gut, sehr blattig und kerngesund, viel Sumatrablätter enthaltend, 80 Pfg. verzollt.
 Feinste helle lose Sumatrablätter, à 110 Pfg. verzollt.
 Feinste tadellos brennende zweite Vollblatt-Sumatras in Mittelfarben, von 200 bis 275 Pfg. verzollt.
 Java-Umblatt von 90 bis 120 Pfg. verzollt.

A. E. Schatte

Bremen.

Roh-Tabak-Engros-Haus.

Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.

Sämtliche Tabake haben unter Garantie tadellosen Brand und gute Qualität.

Losgut (Prima Sortierung)	70 Pfg.
Sumatra, Decker	von 130 Pfg. an
Sumatra, Umblatt	100 " "
Vorstenlanden , hellbraun, Deckkraft 2	170 " "
Java , Bezockt	80 " "
Brasil , Einlage	85 " "
Brasil , Umblatt und Einlage	95 " "
Carmen	75 " "
Seedleaf , Umblatt und Einlage, leicht	75 " "
Domingo	75 " "
Cuba , hochfein	130 " "

Preise per Pfund verzollt.
 — Versand nur unter Nachnahme, auch in Postkolli.
 Adresse: Inhaber des Postfaches Nr. Bremen.

Roh-Tabak!

Empfehle besonders preiswert, verzollt, fracht- und portofrei:

Sumatra . . . per Pfd. 1.10—5.00 Pfg.	Yara-Cuba . . . per Pfd. 1.30—3.00 Pfg.
Borneo . . . " " 1.10—4.00 "	St. Fel.-Bras. . . . " " 0.85—2.40 "
Java . . . " " 1.00—3.00 "	do. geschnitten . . . " " 0.90—1.10 "
Havanna . . . " " 1.30—7.00 "	Seedleaf . . . " " 0.90—1.40 "
Mexiko . . . " " 1.00—4.00 "	Domingo . . . " " 0.80—1.80 "
Bibundi . . . " " 1.40—1.50 "	Carmen . . . " " 0.90—1.50 "

Verfende von 9 Pfd. an nur unter Nachnahme und nehme nicht konvenierendere Tabake anstandslos zurück.

Adolph Hinsch

Altona bei Hamburg, Reichenstrasse 18.

Rohtabak! Rohtabak!

F. A. Gröschner Nachf., Delitzsch

(gegründet 1871)

offert nur originale, garantiert gesunde Tabake in allen Preislagen.

Daniel Eickhoff

Bremen 4.

Sumatra.
 3. Vollblattlänge, braun . . . 130 Pfg.
 3. Vollblattlänge, hellbraun . . . 150 Pfg.
 2. Vollblattlänge, braun . . . 200 Pfg.
 2. Vollblattlänge, hellbraun Ia. Ia. . . 220 Pfg.
 1. Vollblattlänge, hell Ia. Ia. . . 250 Pfg.
 2. Vollblattlänge, hell Ia. Ia. . . 350 Pfg.
 Sämtliche Sumatras brennen unter Garantie tadellos schneeweiß.

Vorstenlanden.

Hochfeiner Decker Ia. Ia. . . 150 Pfg.

Java.

Umblatt mit Einlage . . . 85 Pfg.
 Reines, hochfeines Umblatt . . . 110 Pfg.

Felix-Brasil.

Große gebockte Einlage . . . 80 Pfg.
 Umblatt Ia. Ia. . . 115 Pfg.
 Feinstes Deckblatt . . . 180 Pfg.

Havanna.

Einlage, hochfeine Qualität 125, 140 Pfg.

Carmen.

Reines, hochfeines Umblatt . . . 85 Pfg.

Seedleaf.

Reines Umblatt . . . 90 Pfg.
 Umblatt mit Einlage . . . 80 Pfg.

Domingo.

Reines Umblatt F . . . 85 Pfg.

Losgut.

Sehr beliebt. — Großer Umsatz.

Gar. rein amerikanisch . . . 70 Pfg.
 Gar. rein amerikanisch, Umblatt . . . 75 Pfg.
 Gar. rein amerikanisch, viel Feltz enthaltend . . . 80 Pfg.

Preise verzollt per Pfund geg. Nachnahme.

Da ev. anstandslos Zurückn., kein Risiko.

Ziel bei Aufgabe guter Reaktionen oder längerer Geschäftsverbindung nach Uebereinkunft.

Jeder Versuch führt positiv zur Nachbestellung.

Daniel Eickhoff, Bremen 4.

Gelegenheitskauf:

Sumatra-Vollblatt

reine Farbe

unter 2 Pfd. Deckkraft

160 Pfg. verzollt

J. Fränkel, Berlin

Neue Promenade 5.

Roh-Tabak

en gros en detail

inländ. und überseeische Tabake.

Reelle Bedienung. Billigste Preise.

C. Schopfer, Lahr i. B.

Rohtabak!

Grösste Auswahl und billigste Preise!

Garantiert flotter und sicherer Brand!

Filialen in Berlin
 im Norden: Brunnenstrasse 25
 im Osten: Koppenstrasse 9
 im Südost: Kottbuser Strasse 2.

Filiale in Sachsen
 Chemnitz: Brückenstrasse 19.

Filiale in Schlesien
 Ratibor: Jungfernstrasse 11.

Emil Berstorff

Berlin C. 2

Kaiser-Wilhelm-Strasse 39.

Sumatra-Decke fein, hellfarb. m. 1 1/2 Pfd. deckend, à 200 Pfg., sowie alle anderen Tabake empfiehlt

S. Hammerstein Filiale
 Vertr. Gustav Boy
 Berlin N., Brunnenstrasse 183.

Alle Roh-Tabake

in grösster Auswahl, billigste Preise. Guter Brand! Vorzügliche Qualität!

Sämtliche Utensilien z. Cigarrenfabrikation.

Sehr große Auswahl von Formen in jeder Fassung zu Original-Fabrikpreisen.

Heinrich Franck
 Berlin N., Brunnenstr. 185.
 Man verlange illustriertes Preisverzeichnis.

Franz Seibt †.

Einer der Mitbegründer des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins ist in Newyork gestorben. Der Newyorker Volkszeitung entnehmen wir darüber folgenden unter dem 15. Februar erlassenen Bericht:

„Mit Franz Seibt, über dessen am Mittwoch erfolgtes Ableben wir bereits gestern kurz berichtet, ist einer der eifrigsten Parteigenossen des Bronx dahingegangen. Trotz seines hohen Alters — er war 73 Jahre alt — war er ein regelmäßiger Besucher der Versammlungen des 34. und 35. Assembly-Distrikts und jahrelang hat er als dessen Literatur-Agent fungiert. In jüngeren Jahren trat er für die Gewerkschaft der Zigarrenmacher, der er hier und in Deutschland angehörte, in gleich eifriger Weise ein, und auch die Arbeiterpresse fand in ihm eine treue Stütze. Als Mitglied der Soc. Coöperative Publishing Association, deren Präsident der Verstorbenen während eines Termines war, gehörte er auch verschiedentlich dem Verwaltungsrat der Volkszeitung an und fungierte auch mehrere Jahre als deren Agent in Bronx.

Franz Seibt war am 11. Oktober 1831 in Bernkastel an der Mosel, Regierungsbezirk Trier, geboren, erlernte mit dem 13. Jahre das Zigarrenmachen und nach vierjähriger Lehre trat er sofort der Deutschen Zigarrenarbeiter-Association bei, die während der Revolutionsjahre 1848—1849 wieder aufgelöst wurde. Mit Friedrich und anderen gründete er 1865 den Allgemeinen Zigarrenarbeiter-Verein und im Januar 1872 kam er nach Newyork, wo er sich in der ersten Woche nach seiner Landung der Amerikanischen Föderation of Labor, der von Karl Marx gegründeten Internationalen, anschloß. Der im Jahre 1877 hier gegründeten Socialistischen Arbeiter-Partei trat er sofort bei und wurde 1880 Mitglied der National-Exekutive derselben. Im Jahre 1879 war er Agent der Sektion Newyork. Anfangs der hiesigen Jahre agitierte er hier für die Vereinigung der Zigarrenmacher, wurde dann Mitglied der Union Nr. 144 und später der Union Nr. 90, der er bis zu seinem Tode angehörte.“

Bilder aus der deutschen Tabakindustrie.

Wenn man die Vertreter der besitzenden Klasse hört, sei es im deutschen Reichstage oder bei andern Gelegenheiten, so könnte man zu der Ansicht gelangen, daß nichts besser bestellt sei als der Schutz der Arbeit gegen übermäßige Ausbeutung; daß nirgends geregeltere Zustände in betreff der Arbeiter herrschten, als in Deutschland. Doch lüftet man ein wenig den Schleier, dann ergibt sich, daß alle diese Redensarten und Renommistereien weiter nichts sind als unbegründetes Gerede und nur dazu dienen sollen, das arbeitende Volk einzulullen, es über seine eigne Lage zu täuschen und abzulenken von dem Wege, auf welchem die besitzende und deshalb herrschende Klasse gezwungen werden soll, eine gründliche Sozialreform, wie sie die Klassenbewußte Arbeiterchaft verlangt, zu treiben.

Es zeigt sich allenthalben, wie ungenügend der vielgepriesene Arbeiterschutz ist. Besonders aber, wenn man die Zustände aller jener Arbeiter betrachtet, deren Verufe mit Heimarbeit zu schaffen haben. Zu diesen bis auf den heutigen Tag ohne gesetzlichen Schutz gebliebenen Arbeitern zählen auch die deutschen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen. Wohl kennen wir die §§ 135—139 b der Reichs-Gewerbeordnung und den Erlaß des Bundesrats „betr. Einrichtung und Betrieb der zur Anfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen“ vom 9. Mai 1888. Diese Bestimmungen, die mit Recht als ungenügend bezeichnet sind, was durch die Praxis nur zu sehr bestätigt ist, sind aber nur auf die Fabriken anwendbar. Für die gesamten Werkstätten der vielen Heimarbeiter und Arbeiterinnen in der deutschen Zigarrenindustrie sind sie, weil darauf nicht anwendbar, vollständig wertlos; nur auf solche Werkstätten sind erwähnte Bundesratsbestimmungen auszuweihen, wo der Hausindustrielle nicht zur Familie gehörige Personen beschäftigt. Wer die Verhältnisse in der deutschen Zigarrenindustrie einigermaßen kennt, wird zugeben, daß diese Bestimmungen weit mehr geschadet, als genützt haben. Sie waren nämlich das Signal für die Zigarrenfabrikanten, noch mehr zur Heimarbeit überzugehen, um sich diesen ihnen verhassten Bestimmungen zu entziehen. Seit dieser Zeit hat die Heimarbeit eine kaum geahnte Ausdehnung erfahren.

Jeglicher gesetzlicher Arbeiterschutz bleibt wirkungslos, solange er nicht auch zugleich auf die Verhältnisse der Heimarbeiter ausgedehnt wird. Am wirkungsvollsten würde er sich gestalten, sobald man sich überhaupt entschließen könnte, die Heimarbeit gänzlich zu verbieten.

Allerdings ist das den Unternehmern nicht lieb. Wissen sie doch, daß es dann mit ihrer unbegrenzten Ausbeutung der Arbeiter ein Ende hätte. Neben dem Anlagekapital durch Erbauung von Fabriken würden die übrigen Betriebskosten sich steigern, die heute auf die armen Arbeiter und Arbeiterinnen abgewälzt werden. Ebenso wären sie gezwungen, für viele Tausende die Beiträge in die Arbeiterversicherung zu zahlen, um die sie sich jetzt leider herumdücken. Auch würde der Korpsgeist unter den deutschen Tabakarbeitern sich neu beleben und die gewerkschaftliche Organisation erstarken. Kurzum, es eröffnete sich für den ausbeutenden Tabakfabrikanten eine unangenehme Perspektive. Deshalb die Gegnerchaft.

Und doch ist es notwendig und zu wünschen, daß mit einem gänzlichen Verbot der Heimarbeit vorgegangen wird. Mindestens aber müssen strenge und wirkungsvolle Vorschriften für die Heimarbeitwerkstätten erlassen werden.

Denn gar zu trostlos sieht es in der deutschen Tabakindustrie aus. Die Lage spottet in wirtschaftlicher und gesundheitlicher Beziehung jeder Beschreibung. Als Beweis für diese Behauptung und der Notwendigkeit, daß durch die Gesetzgebung energisch in diese Verhältnisse eingegriffen werden muß, möge einmal nachstehender Bericht aus Gartha i. S. dienen:

„Von den am hiesigen Orte befindlichen 1100 Tabakarbeitern sind 350 in der Fabrik und die übrigen als Heimarbeiter beschäftigt. Die Wohnung der einzelnen Heimarbeiter besteht in der Regel aus zwei Zimmern (Wohn- und Schlafstube), oder aus drei Zimmern (Wohn- und Schlafstube nebst Küche). Sehr oft befinden sich diese Wohnungen unter dem Dache oder in Hintergebäuden; auch Fälle sind bekannt, wo Heimarbeiter in Kellern wohnen. Die Höhe der Zimmer entspricht nirgends den gesetzlichen Bestimmungen, wie sie in Geltung sind für Zigarrenfabriken. Es gibt hier Heimarbeiter, die in Räumen arbeiten und wohnen, die kaum zwei Meter hoch sind. Bei vielen Heimarbeitern betrug die Höhe ihrer Räume 2,30 Meter, in neuerbauten Häusern bis 2,90 Meter. Ob in diese Räume genügend Licht zugeführt werden kann, ist sehr zweifelhaft, wenigstens was die Räume in den älteren Häusern anbetrifft.

Der Kubikinhalt dieser Arbeitsstätten ist verschieden. Er beträgt 12—15, im günstigsten Falle 28—36 Kubikmeter. In diesen Räumen arbeiten oft 4—7 Personen (die gesamte Familie). In allen Arbeitsräumen wird dazu gekocht und gewohnt, auch in einzelnen Fällen sogar noch geschlafen. Ebenso wird von sämtlichen Heimarbeitern die Einlage im Arbeitsraum getrocknet, sowie der Tabakvorrat, wie auch das fertige Fabrikat aufbewahrt.

Auch die Lohnverhältnisse sind sehr trübe. Der Lohn pro Mille schwankt zwischen 5 Mk., 5.50 bis 7.50 Mk. Zu bemerken ist hierbei, daß die niederen Lohnsätze bei weitem häufiger gezahlt werden als die höheren. Infolge dieser traurigen Lohnsätze ist die Arbeitsdauer durchgehends eine sehr lange. Sie beträgt bei den Fabrikarbeitern täglich 10½ Stunden, bei den Heimarbeitern dagegen 12 bis 14 Stunden.

Der Gesundheitszustand der hiesigen Tabakarbeiter und Arbeiterinnen ist denn auch ein verzweifelter. Dies beweist in erster Linie die fortwährend hohe Zahl der erkrankten Mitglieder der hiesigen Ortskrankenkasse der Zigarrenarbeiter, zweitens aber auch die große Zahl derer, die den Lungenheilstätten überwiesen werden. Sehr viele scheuen sich auch, sich krank zu melden, sie genieren sich, fortwährend der Krankenkasse zur Last zu fallen.

Wie nicht anders zu erwarten ist, steht auch hier die Kinderarbeit in Blüte. Ohne Ausnahme beschäftigt man seine eigenen Kinder, sind solche nicht vorhanden, auch fremde Kinder; oft werden sie schon beschäftigt im frühesten Alter. Die Arbeitszeit dieser Kinder ist für gewöhnlich ebenso lange wie die der Erwachsenen und der Lohn beträgt 80 Pfg. bis 1 Mk., für größere Kinder 1.20 Mark wöchentlich.

Diese Beweisführung ließe sich beliebig vermehren. Doch für heute mag's genügen, Jeder Menschenfreund wird angesichts solcher Zustände mit uns der Meinung sein, daß ein gesetzliches Eingreifen erforderlich ist, und es nirgends so dringend zur schnellen Tat mahnt, wie in der deutschen Tabakindustrie.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Tabakarbeiter! Zugang nach der dänischen Hafenstadt Esbjerg ist streng fernzuhalten. Dasselbst hat ein Konsumverein eine Zigarrenfabrik eröffnet, will jedoch die von der Organisation geforderten Löhne nicht zahlen. Es handelt sich dabei um dieselben Löhne, die von der Fabrikanten-Vereinigung gezahlt werden.

Bremen. Der Vorstand. **Achtung, Tabakarbeiter!** Ueber die Firma Rinn u. Ko. in L.-Entrigisch, Turnerstraße, ist die Sperre verhängt. Vor Zugang nach Leipzig wird gewarnt. Jeder Arbeitssuchende hat sich zuerst beim Vertrauensmann G. Lehmann, Kolonnenstraße 17, IV, zu melden. J. A.: Die Vorortskommission.

Altena i. W. Die Kollegen wollen den Zugang nach Dedingen meiden, indem dort sehr schlechte Arbeitsbedingungen existieren. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Vielefeld. Bei der Firma Joh. Pf. Colbrunn Wm., sind Differenzen ausgebrochen. Zugang nach hier ist fernzuhalten. **Gerzheim.** Bei der Firma Kurze u. Hering sind Differenzen ausgebrochen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Wieblich a. Rhein. Der Zugang von Zigarrettenarbeitern nach Wiesbaden ist fern zu halten. Auskunft erteilt der Bevollmächtigte in Wieblich.

Emmendingen i. Baden. Bei der Firma Sommer ist ein Ausstand wegen Lohnabzug und Maßregelung ausgebrochen. Zugang ist streng fernzuhalten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Frankfurt a. M. Wegen Maßregelung ist der Zugang nach der Zigarettenfabrik J. Bernes, Gausstraße 35, fernzuhalten. J. A.: Der Bevollmächtigte.

Lüdensdorf. Bei der Firma Tempel ist ein Ausstand ausgebrochen. Lohnabzug und Maßregelung die Ursache. Zugang streng fernzuhalten.

Karlsruhe. Zugang nach Karlsruhe ist fern zu halten, indem Differenzen ausgebrochen sind. Sämtliche Kollegen, welche gewonnen sind, in Karlsruhe in Arbeit zu treten, wollen sich in ihrem eigenen Interesse an den Bevollmächtigten Karl Bauer um nähere Auskunft wenden.

Stockholm. Der Verband der Tabakarbeiter in Schweden gibt bekannt, daß dort eine Lohnbewegung vor der Tür steht. Am 1. Juni d. J. tritt nämlich die mit den Zigarrenfabrikanten getroffene Uebereinkunft außer Kraft. Die schwedischen Tabakfabriken werden nun mit Hochdruck arbeiten; die Fabrikanten haben bereits Arbeiter im Auslande gesucht. Wir wissen nicht, ob diese Gile durch unsere Lohnbewegung verursacht wird oder ob die Ursache in der Furcht vor einer bedeutenden Erhöhung

des schwedischen Tabakzollens liegt. Wir haben deshalb im Sommer größere Arbeitslosigkeit zu erwarten, von der auch die zureisenden Tabakarbeiter betroffen werden. Der schwedische Tabakarbeiterverband zahlt deshalb kein Reisegeld an zureisende Tabakarbeiter.

Vom Heimarbeiterkongress. Am ersten Verhandlungstage kamen für die Tabakindustrie bereits zwei Redner zum Wort, der Vorsitzende unseres Verbandes, Karl Deichmann-Bremen und Genosse Piesel-Berlin. Beide schilderten das Elend der Hausarbeiter und betonten, daß die organisierten Tabakarbeiter stets auf ein Verbot der Hausarbeit in der Tabakindustrie hingewirkt haben, das sehr wohl ohne Schädigung der Arbeiter durchführbar sei. Deichmann schob der Regierung ein starkes Teil Schuld an der schlechten Lage der Tabakarbeiter zu. Durch die höhere Tabakbesteuerung im Jahre 1879 sei die Lage der Arbeiter verschlechtert worden, die Steuererträge des Tabaks seien zu namhaften Teilen vorenthaltene Löhne, denn die Unternehmer hätten den Schaden auf die Arbeiter abgewälzt. Dann habe die Regierung die Arbeiter gehindert, ihre Lage zu verbessern, indem sie die Organisation der Tabakarbeiter sozialistengesetzlich zerstörte. Später, 1888, habe sie wohl die bekannte Bundesratsverordnung für die Fabriken zum Schutze der Arbeiter erlassen, aber die Hauptwirkung dieser Verordnung war die Vermehrung und Ausbreitung der Hausarbeit, des größten Übels in der Tabakindustrie. Seit Jahren würden nun die Arbeiter mit Versicherungen vertröfelt, daß eine gesetzliche Regelung der Zustände in der Hausindustrie vorgenommen werden solle. Eine Enquete fand statt, eine Konferenz im Reichsamt des Innern folgte 1901; seitdem wurden von der Regierung drei Gesetzentwürfe ausgearbeitet und mit der Organisation der Unternehmer darüber beraten — die Arbeiterorganisation schloß man von dieser Beratung aus — aber dem Reichstage ist noch keiner dieser Entwürfe zugegangen. Demgegenüber sei es erst recht Pflicht, zu betonen, daß die Arbeiter das Verbot der Hausarbeit fordern und nur die Unternehmer die für sie profitablere Hausarbeit nicht aufgeben wollen. Deichmann vertrat damit den Standpunkt unseres Verbandes. (Näheres siehe Bericht.)

Aus Crimmitschau. In geradezu unerborener Weise wurde bekanntlich während der Aussperrung über die „hohen Löhne“ der herausgeworfenen Arbeiter geschwafelt. Und diese Schwandeleien bildeten auch die Basis der Reden der Unternehmer-Vertreter in Reichs- und Landtag. Wie stand es nun in Wirklichkeit mit diesen „hohen Löhnen“ in Crimmitschau? Darüber wird von unterrichteter Seite aus Crimmitschau geschrieben:

„In 80 Betrieben kamen laut Aufzeichnung in der Streikliste 7683 Arbeiter und Arbeiterinnen in Betracht inkl. Meister. Diese 7683 hatten einen wöchentlichen Verdienst von 90.102.79 Mk. nach Angabe der Arbeiter selbst. Da kommt durchschnittlich auf die einzelne Person ein Lohn von 11.73 Mk. Von den 7683 Personen sind 3824 verheiratet, nur 1932 sind bis 21 Jahre alt.“

Nach diesen unanzweifelbaren Ziffern kann sich jeder selbst ein Bild von dem „Wohlleben der Crimmitschauer Zerkularbeiter“ machen, von dem die Unternehmerpresse während des Kampfes fabulierte. Allerdings haben die Unternehmer mit ihrer unehrlichen Kampfesweise erreicht: Die Zerkularbeiter sind niedrigergerungen mit Hilfe der staatlichen Mächte, aber das Vertrauen der Arbeiterchaft zur Regierung — soweit ein solches überhaupt noch bestand — ist unwiederbringlich dahin. Vielleicht verhalten sich die Herren von der Regierung den Versicherungen der Unternehmer gegenüber künftig etwas skeptischer.

Der Heimarbeiterschutz-Kongress.

p. Berlin, 8. März 1904.

Der vierte Gewerkschaftskongress zu Stuttgart beauftragte die Generalkommission, einen Kongress einzuberufen, der sich lebhaft mit der Heimarbeit und deren wirtschaftlichen und sozialen Folgen zu beschäftigen habe. Die Arbeiterschaft ist schon längst überzeugt, daß in der Heimarbeit einer der empfindlichsten, wenn nicht der größte Krebschaden unserer heutigen Wirtschaftsordnung zu suchen ist. Zimmer und immer wieder ist es seitens der Arbeiterorganisationen unternommen worden, die öffentliche Meinung auf die Schäden und die Gefahren aufmerksam zu machen, welche diese unrationelle, aber für den Unternehmer billige Produktionsform nicht bloß für die Beteiligten, sondern für die Gesamtbevölkerung im Gefolge hat. Die Gesetzgebung hat es bisher aber noch immer unterlassen, hier einzugreifen. Der gegenwärtige Kongress, der heute in Berlin zusammentrat, hat die Aufgabe, nochmals das öffentliche Gewissen zu schärfen und die gesetzgebenden Körperschaften an ihre Pflicht zu mahnen.

Die Generalkommission hat in bankenswerter Weise die Pforten zum Kongress weit geöffnet; alle Richtungen der organisierten Arbeiterschaft sind zugelassen und außerdem sind eine Anzahl sozialpolitischer Vereine, sowie staatliche und Reichsbehörden eingeladen. Kein Zweifel, der Kongress wird ein ungeschminktes, wahrheitsgetreues Bild von dem entsetzlichen Elend der Heimarbeit entrollen. Hoffen wir, daß der Zweck des Kongresses erreicht, daß die herrschenden Gewalten sich endlich ihrer lang versäumten Pflicht gegenüber den Elendesten der Armen sowie der Gesamtheit gegenüber bewußt werden. Ueber die Verhandlungen des Kongresses selbst geht uns folgender Bericht zu.

Die Präsenzliste

weist 177 Delegierte auf, deren Mandatgeber die Arbeiterverbände, die an der Heimarbeit interessiert sind, sobald die Gewerkschaftskartelle, sozialistische und bürgerliche Frauenvereine, Krankenkassen sind; vertreten sind ferner der Verein für Sozialpolitik (Dr. Franke), Gesellschaft für soziale Reform (Dr. Sombart), Bund deutscher Bodenreformer. Von den eingeladenen Behörden sind ersienen eine Anzahl Gewerbeinspektoren, Assistentinnen, Magistratsrat Dr. v. Schulz, Prof. Dr. Albrecht von der Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen, der Lehrer Agath-Rixdorf, Dr. Wetter-Wien, Regierungsekretär in österreichischen Handelsministerium. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat den Arbeiterssekretär Greulich entsandt; wir bemerken außerdem Frau Clara Zeitin, Frau Lilly Braun, Frau Rauer usw. Die Generalkommission und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion sind zahlreich vertreten.

Die Gröfzung.

Legten eröffnet um 10 Uhr im Namen der Generalkommission den Kongress. Die Mitteilung, daß das Reichsamt des Innern die Einladung abgelehnt habe, wird mit vielstimmigem Beifall begrüßt. Der angesehene österreichische Regierungsvortrag hat in letzter Stunde abgelehnt. Die Teilnahme abgelehnt haben die christlichen Gewerkschaften; von den kirchlich-Dunklerischen ist nur die oppositionelle Richtung (Rheinland-Westfalen) vertreten. Zu Vorstehenden werden gewählt: Legten, Reichmann, Dr. Franke. Es folgt das Referat zu Punkt I.

Die soziale Lage und die Notwendigkeit des gesetzlichen Schutzes der Heimarbeit.

Der Referent F. Käming wirft zunächst einen geschichtlichen Rückblick auf die Literatur auf diesem Gebiete; er erwähnt die Veröffentlichungen von Soy und Dr. Quard als die ersten. Sodann wendet er sich der Statistik der Heimarbeit zu.

Die Berufszählung vom 14. Juni 1895 ermittelte 402404 hausindustriell tätige Personen, davon waren nicht weniger als 164814 Personen weiblichen Geschlechts. Zweifellos ist damit der Gesamtumfang der Hausindustrie kaum annähernd ermittelt, da zahlreiche hausgewerbliche Tätige, vor allem solche weiblichen Geschlechts und solche, die die Hausarbeit nur nebenberuflich betreiben, diese Berufsausübung aus Stolz und Furcht vor Heranziehung dieses Einkommens zur Besteuerung verheimlichen haben. Die Aufzählung, daß die Heimarbeit als eine rückständige Produktionsform schließlich absterben werde, habe sich als unzutreffend erwiesen. Von 1000 Arbeitern im Deutschen Reich sind Heimarbeiter 82,9; in Preußen 63,3; in Bayern 42,4; in Sachsen 26,8. Das letztere und Schließen mit 90 Prozent, — marschieren in der Heimarbeit an der Spitze. Redner geht nun dazu über, die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Hausindustrie zu schildern, wobei nacheinander die Metall-, Holz-, Korb-, Spielwaren-, Porzellan-, Schuh-, Blumen-, Textilindustrie, die Konfektion, kurz alle Branchen in Detailbildern gezeichnet werden. Ueberall wiederholen sich dieselben trübseligen Bilder: Arbeitszeiten von 14—16 Stunden pro Tag, Verdienste von 5—10 Mk., höchstens 14 Mk., alle diese Löhne werden nur erreicht, unter Mitarbeit sämtlicher Familienmitglieder. Die Kinderarbeit ist in allen diesen Branchen weit verbreitet; besonders trifft das zu in der Thüringer Spielwarenindustrie, wo die Kinder 20—30, selbst 40 Stunden pro Woche beschäftigt werden. Das neue Kinderschutzgesetz werde da kaum einen Wandel schaffen, weil es noch an den geeigneten Instanzen einer durchgreifenden Kontrolle fehle. — Dazwischen werden Schilderungen eingeflochten über die Wohnungsverhältnisse der Heimarbeiter, die die denkbar schlechtesten sind und zu einer Gefahr für die Gesundheit der Gesamtbevölkerung werden.

Kommune und Staat

haben sich leider ebenfalls die billigere Heimarbeit zunutze gemacht. Bei der Firma Sachs in Berlin, bei der Militäreffekten hergestellt werden, ist ein Arbeitsvertrag eingeführt, durch welchen der Arbeiter sich verpflichtet, auf jede Wahrnehmung ihrer Rechte durch gerichtliche Vorgehen zu verzichten. Sie müssen sich bereit erklären, jede Arbeit, die von der Firma als ungenügend zurückgewiesen wird, zu übernehmen. (Hört! Hört!) Die für das Reich des Kriegsministeriums herzustellenden Uniformen u. werden mehr und mehr in der Hausindustrie angefertigt bei skandalös niedrigen Löhnen. In Kiel beschäftigt die Marine 400 bis 500 Frauen zu enorm niedrigen Löhnen. In den Ministerien seien diese Dinge wohl bekannt.

Die Gesetzgebung des Auslandes.

Währenddem in Deutschland noch fast nichts geschehen ist, die Schäden der Heimarbeit zu beseitigen, ist uns das Ausland weit vorausgeeilt. In Zürich bestehen Vorschriften dahingehend, daß Arbeit nicht mit nach Hause gegeben werden darf. In England, Amerika, Australien, besonders in Neu-Seeland und Victoria sind Bestimmungen eingeführt über den Zustand der Arbeitsräume, die Sonntagsarbeit, sowie Vorschriften über die Desinfektion der Waren im Falle von Krankheiten. In Neu-Seeland und Victoria sind Bestimmungen vorhanden, durch welche den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der Vorzug gegeben wird. Durch die Einführung der „Gewerkschaftslöhne“ werde die Heimarbeit zurückgedrängt. — Die diesbezügliche deutsche Gesetzgebung sei unzulänglich — schon darum, weil jede ausgiebige Kontrolle fehle. Seit 1897 bestimme eine Bundesratsverordnung, betr. die Anfertigung für Konfektion und Wäschefabrikation, Einführung von Lohnbüchern, die aber bis jetzt so gut wie einfluslos geblieben ist. — Der Referent schließt mit dem Hinweis, daß es sich hier nicht um eine Parteifrage, sondern um solche allgemeiner Natur handle. Wir werden nicht eher ruhen, sondern so lange auf die Öffentlichkeit und die Gesetzgebung einzuwirken suchen, bis dieser Schandfleck aus unserem wirtschaftlichen Leben verschwunden ist. Nehmen Sie deshalb meine Resolution einstimmig an. (Großer Beifall.) Der Redner hatte drei Stunden gesprochen. Die Resolution lautet:

In der modernen Produktionsweise ist die Hausindustrie eine Petreform, die durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen die schwersten Schäden in wirtschaftlicher und physischer Beziehung zur Folge hat und den Unternehmern die Umgehung der Arbeiterschutz- und Versicherungsgeetze ermöglicht. Sie ist infolge ihrer ungesunden Arbeitsstätten ein Herd infektiöser Krankheiten, sowohl für die Produzenten, als auch für die Konsumenten; mithin eine Gefahr für das gesamte Volkswohl. Ansehens dieser Volksgefahr ist es Aufgabe der Gesetzgebung, durch geeignete Maßnahmen auf die wirtschaftliche Hebung der Lage der Heimarbeiter und Arbeiterinnen hinzuwirken und diese sowie das Gesamtpublikum vor den gesundheitsschädlichen Gefahren dieser Betriebsform zu schützen und ihre allmähliche Einschränkung und Auflösung herbeizuführen. Der am 7. bis 9. März 1904 im Gewerkschaftshaus zu Berlin tagende erste Heimarbeiterschutz-Kongress fordert deshalb die unverzügliche Schaffung eines Heimarbeiterschutzgesetzes und zwar auf folgender Grundlage:

1. Strenge Vorschriften über die Einrichtung und Beschaffenheit der Arbeitsstätten in der Hausindustrie, insbesondere dahingehend, daß dieselben hell, trocken, heizbar und leicht zu lüften sind und weder zum Wohnen, noch zum Schlafen oder Kochen benützt werden dürfen.
2. Verbot der Heimarbeit in Wohnungen und Arbeitsstätten, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten befallen sind.
3. Desinfektion und, wenn nötig, Vernichtung derjenigen Materialien und Waren, die entgegen dem Verbot in Wohnräumen oder Arbeitsstätten lagern oder bearbeitet werden, in welchen sich Personen aufhalten, die mit ansteckenden Krankheiten befallen sind.
4. Unterstellung der Heimarbeitstätten unter die Kontrolle der Gewerbeinspektion und deren Hilfsorgane.
5. Verpflichtung der Unternehmer und Zwischenmeister, eine genaue Liste der von ihnen als Heimarbeiter beschäftigten Personen mit Wohnungsangabe zu führen, fortlaufend zu ergänzen und jederzeit den Beamten der Gewerbeinspektion vorzulegen.
6. Kennzeichnung der in der Hausindustrie hergestellten Waren mit einem für jedermann sichtbaren Erkennungszeichen, welches die Aufschrift: Heimarbeit trägt und entfernt werden darf, wenn die Ware in den Besitz des Käufers übergegangen ist.
7. Ausdehnung der Kranken-, Alters- und Invaliditäts- und Unfallversicherungsgesetze, ferner der Bestimmungen der Gewerbeordnung über Arbeitszeit, Nachtarbeit, Sonntagsruhe, Wöchnerinnenchutz, Kinderarbeit und Arbeitsordnungen auf die gesamte Heimarbeit.
8. Unterstellung auch der Hausindustriellen unter die Gewerbebehörde bei Streitigkeiten, die zwischen ihnen und den Unternehmern (Verlegern) aus dem Arbeitsverhältnis entstehen.
9. Einsetzung von Mindestlohn-Kommissionen mit der Aufgabe, für den Bezirk und die Branche, für die sie berufen sind, ein Mindestmaß der Entlohnung für eine bestimmte Gültigkeitsdauer festzusetzen. Die von ihnen normierten Lohnsätze sollen nach ihrer Veröffentlichung rechtsverbindlich sein.
10. Einführung von Lohnbüchern, in denen Art und Umfang der Arbeit, sowie die Lohnsätze bei Ausgabe der Arbeit einzutragen sind.
11. Verbot der Mitgabe von Arbeit nach Hause an Werkstattarbeiter und Arbeiterinnen.
12. Arbeiten des Reiches, der Einzelstaaten und Kommunen dürfen nur an solche Unternehmer vergeben werden, die diese in eigenen gewerblichen Betrieben (unter Ausschluß jeglicher Zwischenunternehmer) anfertigen lassen und die durch Tarifverträge oder von den Berufsorganisationen der Arbeiter oder den Mindestlohn-Kommissionen festgesetzten Lohn- und Arbeitsbedingungen erfüllen.
13. Verhängung wirksamer Strafen für Uebertretung der gesetzlichen Bestimmungen, für deren Einhaltung Unternehmer und Zwischenmeister in erster Linie verantwortlich sind. Angesichts der für alle Kulturstaaten gleich großen Gefahr der Hausindustrie fordert der Kongress die deutsche Regierung auf, zu internationalen Vereinbarungen die Initiative zu ergreifen.

Die gesundheitlichen Gefahren der Hausindustrie für das konsumierende Publikum.

Der Referent, Professor Dr. Sommerfeld, führt etwa folgendes aus: Durch die Uebertragung des Referats seitens der Generalkommission an seine Person, beweise diese, daß es sich hier nicht um eine Parteifrage handle. Es steht fest, daß eine Reihe von Krankheiten nur von außen in unsern Körper gelangen können. Redner schildert eingehend, wie bei Krankheiten der Heimarbeiter die Ansteckungsstoffe auf die angefertigten Waren und damit auf die Konsumenten übertragen werden. Die Kranken in den Privatwohnungen können nicht genügend isoliert werden. Durch

den Auswurf, durch die Wäsche, Betten, Kleider der Kranken werden die Infektionsstoffe weiter verbreitet. Mit dem fertigen Arbeitsprodukt wandern die Tuberkeln hinaus in die Kaufhäuser, und der ahnungslose Käufer kann leicht von Infektionskrankheiten befallen werden. Die Gefahr wird um so größer, als diese Waren niemals desinfiziert werden. Die schlechtesten Gewohnheiten, wie z. B. das Anlecken des Tabaks beim Spizen der Zigarren, tun ein weiteres. Ein Beamter der Schneiderkassette hat Räume gefunden, wo Scharlach, Typhus, Lungenkrankheit usw. lagen, und daneben gearbeitet wurde. In den seltensten Fällen ist nur ein besondener Raum als Arbeitsstätte vorhanden; in der Regel dient das gleiche Zimmer zum Wohnen, Schlafen, Kochen, Essen usw. Redner erörtert durch zahlreiche Beispiele aus den Fabrikinspektoren-Berichten die Mangelhaftigkeit der Räume, in denen der Luftinhalt ein viel zu geringer ist. Hierzu treten die durch die Arbeitsmaterialien erzeugten Gerüche und Dünste aller Art. Es ist klar, daß der Organismus, der dauernd unter solchen Umständen arbeitet, in seiner Gesundheit Schaden leiden muß; Tuberkulose, Blutmarmut und Nervenleiden sind die Folgen. In der „stillen Saison“ wird vielfach zwar nicht so andauernd gearbeitet, dafür tritt ein andres, schlimmeres Uebel ein, nämlich die durch schlechten Verdienst bedingte Unterernährung. Der Referent geht nun auf die besonderen Krankheiten der einzelnen Berufe ein. Er schildert nacheinander die Gesundheitsgefährdungen, die sich in der Konfektionsindustrie und Schneiderei ergeben, sobald die der Metallbearbeitung (Messerschleifer), wo der Staub zu Lungenkrankheiten führt. Ueberall ergibt die Vergleichung der Krankheits- und Todesfälle bei den Heimarbeitern mit denen der übrigen Bevölkerung ein im höchsten Grade ungünstiges Verhältnis für die ersteren. Unter anderm geißelt der Redner auch einige recht üble Gewohnheiten der Arbeiter, so die Unachtsamkeit beim Auswurf des Speichels. Die Spucknapfe werden vielfach nicht benutzt.

Auf die zu stellenden

Forderungen

übergehend, sagt Redner, daß der theoretisch denkende Sozialpolitiker eigentlich die vollständige Abschaffung der Hausindustrie verlangen müßte. Das zu verlangen, bleibe aber eine Utopie; in Hinsicht auf den Umstand, daß sich durch die Heimarbeit ein großer Teil der ärmeren Bevölkerung vor der Inanspruchnahme der Armenunterstützung retten, muß man sich genügen lassen mit der Verbesserung der diesbezüglichen Verhältnisse. Zu fordern sei in erster Linie die Registrierung sämtlicher Heimarbeiter. Erst wenn das geschehen, kann die Beaufsichtigung in rationaler Weise durchgeführt werden. Diese kann man aber nicht auch noch den Gewerbeinspektoren aufzulegen, sondern dafür muß eine besondere Organisation geschaffen werden, der zugleich auch die Wohnungsinspektion übertragen werden muß. Bei ausbrechenden Krankheiten muß die Arbeit sofort ruhen und die Desinfektion der in diesen Räumen hergestellten Waren vorgenommen werden; wo dies nicht angänglich ist, hat die Vernichtung der Waren zu erfolgen. Im ganzen unterstützt Redner die Thesen des ersten Referenten, namentlich der Art. 1—7 und 11—13. Er schließt mit dem Wunsch, daß es möglich sei, die Heimarbeiter einem glücklicheren Dasein entgegenzuführen. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion

wird mit Deichmann (Tabakarbeiter), Bremen, eröffnet. Redner schildert die miserablen Verhältnisse in der Tabakindustrie. Die Einnahmen in der Höhe von 65—66 Millionen Mark, welche die Reichsregierung aus der Tabakindustrie herauswirft, bezahle nicht indirekt zum größten Teil die Arbeiter. Die Heimarbeiter sind weit weniger widerstandsfähig, da sie nur schwer zu organisieren sind. Redner erörtert in eingehender Weise die Arbeitsverhältnisse in der Tabakindustrie; er zerstört dabei gründlich den Glauben, daß in der Bremer Zigarrenindustrie ausreichende Löhne gezahlt würden. Er fordert vollständiges Verbot der Heimarbeit, wenigstens in der Tabakindustrie.

Riesel (Tabakarbeiter), Berlin, schildert die Heimarbeit in der Reichshauptstadt. Nach einer Statistik der Organisation, bei der u. a. die Verhältnisse von 106 Ehepaaren (Heimarbeiter) untersucht wurden, verdienen diese einen Wochenlohn von je 12, 15, 22 und 25 Mark, nur wenige einen solchen von 25 bis 35 Mark. Die Summen der von den betr. Ehepaaren geleisteten Arbeitsstunden betragen 160, 170, ja 192 pro Woche.

Braß (Feilenhauer), Remscheid: Der Lohn beträgt nur in den seltensten Fällen bis zu 26 Mark, wovon aber noch Ausgaben abgehen. Nach den Aufzeichnungen der Feilenhauer-Krankenkasse sterben 66 Prozent der Feilenhauer an der Tuberkulose. Hierauf Schluß der Sitzung.

Achtung! Tabakarbeiter von Leipzig u. Umgegend.

Montag, den 14. März, abends 7 1/2 Uhr

Oeffentliche Versammlung im Römischen Hof, Mittelstraße.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung der Delegierten vom Heimarbeiterschutzkongress in Berlin. 2. Vertikales. Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen, zu erscheinen. Der Vertrauensmann.

Empfehle alle Sorten überreifer Rohtabake sowie mein extra feines Losgut (Aufarbeiter) bestehend aus nur kerngesunden, sehr bla-tigen u. flott brennenden guten Qualitätstabaken, wie Seedleaf, Carmen, Ambalema, Java, St. Felix-Brasil u. Havanna. Preis per Pfd. 75 ¢, in Ballen 72 ¢. Albert Steen, Bremen.

En gros. **Rohtabak** En detail. **F. W. Helmecke, Magdeburg.** Grosse Auswahl! Billigste Preise! Preisliste gratis und franko.

En gros. **Billige Rohtabake!** En detail. Gegen Nachn. verz.: Sumatra Deckblatt 130-425 ¢, Brau 188-280 ¢, Java 90-380 ¢, Domingo, Seedleaf, Carmen 84-125 ¢, Los Gut, rein amerif., kerngesund (Aufarbeiter!) 80 ¢; Rohtabakhandlung, Bremen, Neustadtshaus 15.

Rohtabak-Offerte. Sumatra-Decke von 75—600 ¢, Domingo, Carmen u. Seedl. 48—60 ¢, Felix Brasil 50—100 ¢, Java 42—200 ¢ unverzollt offerieren u. Nachnahme od. gen. Referenz. Gebr. Loeb, Vallendar a. Rhein.

Rohtabak-Handlung in- und ausländische en gros en detail Grösste Auswahl! Billigste Preise! **Jacob Hirsch jun.** Mannheim a. Rh., P 7, 1 Agentur u. Kommissionsgeschäft.

Hienfong-Essenz echt, für Wiederverkäufer 1 Duzend Mk. 2.50 (30 Flaschen Mk. 7.00 kostenfrei überallhin). Laboratorium Paul Seifert Dittersbach 57 bei Waldenburg (Schlesien).

Qualit. Grus sandfr. à 35 u. 50 stets a. Lager. Div. Nothb. räumungshalb sehr billig off. **Kemmler Nfgr. Breslau 6.** Grade Form 10 cm lg. à 50 u. 75 Pfg.

Ca. 120 Ztr. 1901er Tabak (Original), Umblatt mit Einlage, Prima-Zigarren-Material, verb. weg. Räumung des Lageraums (versteuert) billig abgegeben. Offerten beliebe man unt. A. 50 an die Exped. dieses Blattes einzureichen.

Gebraucht. Wickelformen à Stck. 25 Pf. abzugeben. Offerten unter T. 932 **Saafenstein & Vogler** Art.-Gef., Leipzig, erbeten.

Sumatra-Decke fein, hellfarb n. 1 1/2 Pfd. deckend, à 200 ¢, sowie alle anderen Tabake empfiehlt **S. Hammerstein Filiale** Vertr. Gustav Boy Berlin N., Brunnenstraße 183.

Klotzgebendes Zigarrengeschäft am Parz, für 3 Mann Arbeit, ist umständl. halber zu verkaufen. Für jungen Anränger sichere Brotstelle. Erforderliches Kapital von 750 Mark genügt. Offerten unt. K. 100 an d. Exped. d. Bl.

Zwei tüchtige junge **Zigarrenmacher**, welche sich die Wickel selbst machen, finden dauernde Beschäftigung. Lohn per Wille 7.50—8.50 Mk. bei freier Zurückgung. Verbandsmitglieder bevorzugt. **Max Endig**, Zigarren-Fabrik, Wintersdorf, S.-A.

Gesucht 2 tüchtige **Zigarrenarbeiter** (ledig), die selbst Wickel machen. Minimallohn bei freier Zurückgung **3 Mark.** **A. Waldau**, Friedland (Mecklenb.).

Tüchtige Wickelmacherin welche gewillt ist, vormittags Hausarbeiten zu machen, wofür ihr Kost und Logis im Hause vergütet wird, und nachmittags in Afford Wickel macht. Lohn 250 ¢ beim gutem Material in kleiner Zigarrenfabrik sofort gesucht. Off. a. **Jos. Houben, Rheine i. W.**

Eine anständige, tüchtige **Wickelmacherin** findet dauernde und gute Arbeit. Lohn 2.50 und 2.80 Mk. pro Wille bei freier Zurückgung. Offerten sind zu richten an **C. B. Föpertz, Altens i. W., Lennestraße 42.**

Wickelmacher oder Wickelmacherin findet sofort Beschäftigung. Lohn pro Wille 3.50 Mark Offerten sind zu richten an **Ferd. Salzwedel, 1. Bevollm., Bernigerode a. S., Bodestraße 7, II.**

Solcher **Zigarrenarbeiter**, der selbst Wickel macht, sucht sofort dauernde Beschäftigung bei freier Zurückgung unter Angabe der Lohnverhältnisse. Gefällige Offerten wolle man senden an den 1. Bev. **E. Kusse, Reudamm, Seeberg 28, pt.**

Ein junger, tüchtiger **Zigarrenmacher** sucht Stellung, am liebsten, wo Wickel geliefert werden, ev. würde er sich auch Wickel selbst machen. Antritt sofort. Offert an mit Lohnangabe sind an den 2. Bev. **P. Seefeld, Bilschowsberda i. S., Bauzner -tr. 58, zu richten.**

Ein tüchtiger verheirat. **Sortierer** (Vereinsmitglied), sucht dauernde und lohnende Stellung. Offerten bitte zu richten an **Mich. Albracht, Worigberg bei Hildesheim, Wilhelmstr. 6B.**

August Beining aus Bielefeld, Deine Papiere befinden sich bei dem 2. Bevollmächtigten in Sulingen.

Codes-Anzeigen.

Den Mitglidern zur Kenntnis, daß unter langjähr. Mitglied Frau **Gesine Köhrs** im Alter von 59 Jahren verstorben ist.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr **Die Mitglieder Bremens.**

Hiermit zur Nachricht, daß am 21. Febr. plötzlich unser Mitglied **Otto Stridde** am Herzschlag gestorben ist. Er war ein gutes Mitglied beider Kassen und ein guter Genosse.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Kollegen Halberstadts.**

Am 2. März starb nach langem Leiden das Mitglied **Val. Hanson** aus Kopenhagen.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Wismen.**

Am 2. März starb nach langem Leiden unser Kollege **Konrad Kley** aus Salzgemen im Alter von 52 Jahren. Er war Mitglied beider Kassen.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Kollegen Erfurts.**

Am 3. März starb nach langem Leiden das Mitglied **Wilhelmine Friederike Merklein geb. Albrecht** aus Delitzsch.

Leicht sei ihr die Erde! Ein ehrendes Andenken bewahren ihr **Die Einzelmitglieder d. Tabakarbeiterverbandes zu Leipzig.**

Am 7. März starb nach langem schwerem Leiden das Mitglied **Albert Erxleben** aus Altenplatho an der Berufskrankheit. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm **Die Mitglieder der Zahlstelle Burg.**

Briefkasten. A. R., Grund 70 Pfg. — R. F., Altens 60 Pfg. — F. S., Bernigerode 60 Pfg. — W. G., Wintersdorf 70 Pfg. — J. P., Rheine 90 Pfg.

Paris wirken dem Mißbrauch der gouttes de lait die consultations de nourrissons entgegen, die an die maternités angegliedert sind. Da wir in Deutschland Anstalten wie die maternités nicht haben, so werden die Polikliniken und Säuglingsheime oder freie Ärztevereinigungen als Beratungsorgane unbemittelter Mütter dafür zu sorgen haben, daß die natürliche Ernährung nicht von der künstlichen durch Leichtfertigkeit oder Unwissenheit verdrängt werde. Denn darüber kann nicht der leiseste Zweifel bestehen, daß die künstliche Ernährung nur ein unvollkommenes Ersatz-

mittel der natürlichen ist und für alle Ewigkeit bleiben wird.

Ich schließe mit dem Ausspruch, den ich darüber in einem Vertrage im Hamburger ärztlichen Verein gemacht habe: Die Mutterbrust liefert allezeit in richtiger Zusammensetzung, in richtiger Konzentration, in richtiger Menge und von richtiger Temperatur dem Säugling die Nahrung, frisch, unzerseht und nicht verunreinigt und, was die Hauptsache ist, nichts kann an dieser Ernährungsart — der menschliche Überwitz verschlechtern!

Kleine Notizen.

's letzte Bündelholz.

Von Adolf Schimann.
 Af da Am bin i gstandn,
 Zns Tal hon i g'schaut,
 An Hohn hon i g'schossn,
 Da Morgen hat graut.

In Sac' hon i griffu
 Und d' Pfeifn austhon
 Und lusti und freudi
 Stopf i ma's schnell on.

Draf long i ums Schachtl,
 Nachs Schubert af — —
 Da tapp af a Hölzl
 A oanzigs i naf.

„D himmlische Hailand
 Barmherzi sei Du,
 Daß i meine Pfeifn
 Ner andrenna thul!

Und Du Floriant
 Du Feuerpatron,
 I bitt Di recht freumbdt
 Hilf kenn'n ma's on!

I will za Eng bet'n
 Os heilign recht schön,
 Laßt's ner, woas i anbrenn
 Kan Wind netta gehn!“

Draf leg i mi nieda
 Grad hinta a Ston,
 An Huat gib i Fuira
 Und brenn ma's halt on.

Und stad war mei Herz und
 Da Oda hat g'locht,
 Und die Pfeifn im Ra - - und
 So bin i halt g'hocht.

Und wie fin da Gtanka
 Von Schwefl bazagt,
 Da bitt' i, daß 's Hölzl
 A Fuira ner kriagt.

Und richti hat's brennt
 Hon die Händ' firathon —
 Und brenn ma mei Pfeifn
 Woll lauter freud on.

Hon dampft und hon graucht,
 Hon an Fuhaa gmacht —
 Hab' dankt unsan Herrgott —
 Und dann hon i g'lacht!“

Tabak-Schädlinge. Gegen die Tabakplantagen marschieren ein ganzes feindliches Heer aus der Tierwelt heran, das den Pflanzen viel zu schaffen macht. Da sind zuerst die Schwärme der Heuschrecken zu erwähnen, die alles fressen, was sie nicht kriegt, dann die verschiedenartigen Blattläuse, denen das Nikotin giftig zur Delikatesse wird. Andre winzige Geschöpfe sind die sogenannten „Tabakblasenfüße“, welche die Thripskrankheit erzeugen. Einen beträchtlichen Schaden richtet in den Tabakplantagen der Raupenfraz an. Ein Insekt, dessen Schmetterling unserm Kohlwespenling ziemlich ähnlich ist, mit Namen Namestra-

legitima, nährt sich von den Blättern verschiedener Pflanzen. Die Raupe ist schön hellgelb, auf dem Rücken mit schwarzen, samtartigen Streifen der Länge nach versehen. Bis jetzt war es nicht bekannt, daß dieses Insekt auch den Tabakblättern gefährlich ist, jedoch ist es von den Forschern in letzter Zeit auf den Tabakfeldern in Süd-Virginia in großen Mengen angetroffen worden, wo es ganz bedeutenden Schaden anrichtete. Es ist leicht zu vertilgen mittels stark verdünnter Arseniklösung, welche man durch einen Zerstäuber auf die Blätter bringt. Ein anderer Schädling ist der Thrips-tabaci genannte Erdflö, welcher sich von verschiedenen Pflanzen nährt. In Bessarabien wird er in großer Anzahl auf den Tabakblättern gefunden, an welchen er sich außerordentlich schädlich erweist. Das winzige kleine Insekt frisst kleine Löcher in die Blätter, so daß dieselben nach einiger Zeit das Aussehen haben, als wären sie punktiert; nach einigen Tagen verwelken die Blätter, auf denen sich diese Insekten massenhaft niedergelassen haben, und die Pflanze geht ein.

Geschichtliches über den Udermärker Tabakbau. Aus Schwedt wird geschrieben, daß neuerdings verschiedene brandenburgische Blätter, die fortgesetzt über den Pfälzer billige Witze reifen, auch über den „Udermärker“ die Spöttelei im Großen betreiben. Das ist ein billiges, aber nichtsdestoweniger zweckloses Beginnen, denn die deutschen Tabake haben ihre für die Landwirtschaft großen Verdienste. Refugies waren es, die um das Jahr 1700 herum von Dorothea, der zweiten Gemahlin des Großen Kurfürsten, hier angesiedelt, die udermärkische Tabakkultur einführten und Schwedt zu ihrem Zentralpunkt machten. Der ist es denn auch geblieben, das „lustige Oderstädtlein“, wie man es vor einigen hundert Jahren nannte, als unter dem Brandenburg-Schwedter Markgrafen Friedrich Heinrich (gestorben 1788) die Feste hier gar nicht abriffen. Heute bringen nur seine Dragoner etwas Leben in die Straßen, sonst ist alles still. Und als ich, so lesen wir in der Kottbusser Zeitung, vorbei an dem Schloß über die herrliche, breite Freiheit mit ihren vier schnurgeraden Baumreihen schritt, da regte sich kein Hund, keine Katze. So schritt ich weiter, vorbei an der kleinen Kirche, in der nun der einst so lebhaft Friedrich Heinrich als stiller Mann ruht, durch Straßen mit niedern Häusern, vorüber an Speichern, denen starker Tabakgeruch entströmte, und dann hinaus auf die Chaussee, die nach Bierraden führt. Zu beiden Seiten, soweit das Auge blickt, reiht sich — es war im Monat August — Feld an Feld, dicht bestanden von großblättrigen Tabakstauben. Fast eine Stunde wandere ich nun schon zwischen dem frischen Grün und noch immer ist ein Ende nicht abzusehen. Mitte August werden die Stauben „abgeblattet“, ihre Blätter kommen in die Scheunen, werden auf Schnüre gezogen und in Bündeln zum Trocknen an die Decke gehängt. Aber noch sind sie weber der Farbe, noch dem Geruch, noch dem Geschmack nach als Tabak zu erkennen. Ihr braunes Aussehen und ihre charakteristischen Eigenschaften erhalten sie erst durch den Fermentationsprozeß. Sie werden zu großen Haufen geschichtet, „Banfen“ wie sie der Schwedter nennt, und gären nun bei einer Eigenhitze von 50—60 Grad. Nach vier Wochen werden sie umgekehrt, so daß nunmehr das Innere nach außen kommt. Nach abermals vier Wochen verlassen sie die „Banfen“ und werden in die Speicher gebracht. Dann werden sie zu Ballen gepackt, die nach 6 Monate langem Lagern versand- und verarbeitungsreif an die Fabriken abgegeben werden. Schon wenn die Pflanzen noch draußen auf dem Felde stehen, läßt die Regierung ihr wachsames Auge über die tributpflichtigen Kinder gleiten. Landmesser und Abschätzer — alteingesessene Tabakbauern, die große Erfahrung in diesen Dingen haben — wandern hinaus und taxieren den mutmaßlichen Wert der Ernte. Es ist ein ganz hübsches Sümmechen, das da jährlich als Steuer zusammenkommt; denn die ganze Udermark, also vorzugsweise Schwedt, Garz und Pasewalk, produzieren im Jahr hunderttausend Zentner Tabak.

Monatsbeilage des Tabakarbeiters.

No. 3.

Sonntag, den 13. März

1904.

Wahl-Sumor.

I.

Stehet, Ihr seid nichts und Euer
 Tun ist nichts und Euch zu wählen
 ist ein Greuel. Jesajas.

Dieser alttestamentliche Vers an dieser Stelle soll nicht etwa bloß als Motto gelten, sondern derselbe spielt in den Wahlprotokollen verschiedener Reichstagswahlkreise infolgedessen seine Rolle, als er bald da bald dort von einem Wahlverdrücklichen auf einen Stimmzettel geschrieben wird, wodurch beiläufig dieser Stimmzettel noch nicht ohne weiteres ungültig ist, vielmehr erst noch andere Momente, als: Kennzeichen, Vorbehalte usw. hinzutreten müßten, um ihm seine Gültigkeit zu nehmen.

Wie jedes Ding im Leben seine zwei Seiten hat, so auch der Wahlakt, auf dessen Ernst wir hier nicht besonders hinzuweisen brauchen. Dafür sollen der heiteren Seite des Wahlakts hier einige unterhaltende Zeilen gewidmet sein.

Wenn der für seine Partei und deren Ideale schwärmende junge Wähler zum erstenmal mit geschwellter Brust zur Wahlurne schreitet, dünkt er sich etwas ganz besonderes, und der römische Jüngling, der zum erstenmal mit der Toga* bekleidet erscheint, kann sich nicht stolzer fühlen, in seiner eben gewordenen Männlichkeit, als unsere Wähler, die eben das 25. Lebensjahr absolviert haben und nun das Schicksal der Wahlkandidaten besiegeln helfen.

Anders der schon öfters von seinem Kandidaten genarrte Wähler, der in seinen politischen Schwankungen allezeit geblieben ist; der heute liberal, nach drei Jahren konservativ, schließlich auch versuchsweise einmal antisemitisch gewählt hat. Der alle Kandidatenregister herabgegangen ist wie der Hungrige die Menükarte, um schließlich mit Salomo alles eitel zu finden und den obigen Vers aus Jesajas auf einen Wahlzettel schreibt. Ihm sind die Kandidaten aller Parteien ein Greuel, weil er zu keiner in Treue hält, ja weil er selber keine Gesinnung, keine politische Ueberzeugung hat. Er streicht natürlich zu allem Ueberflus auch den Namen des Kandidaten auf dem Stimmzettel durch, wodurch derselbe völlig ungültig wird, und geht dann im Bewußtsein nach Hause, seiner Meinung wahren Ausdruck gegeben zu haben.

Die sogenannten „Unparteiischen“ sind überhaupt weit zahlreicher, als man gemeinhin annimmt. Sie bilden neben den Wahlfaulen die größte Gefahr in jedem Wahlkreise. Der ist ihnen nicht recht und jenen mögen sie nicht, und so kommen sie dazu, sich für keinen zu entscheiden.

Wieder andere, die ihren Stimmzettel mit Verschen bekleben, sind enragierte Parteimänner. Entweder lassen sie den Junker grimmig, oder sie zeigen sich als Feinde aller „Jesuiten“, wie man in Sachsen sagt. Oft auch erfährt der politische Haß seinen Niederschlag auf dem Zettel für einen sozialdemokratischen Kandidaten. Wahlverdrücklichen dieser Art kommt es aufs Wählen überhaupt nicht an; ihnen ist die Wahlurne ein Gefäß des politischen Unrats, dort können sie ihrem politischen Groll, der sich sonst nur am Stammtisch oder mit der Faust in der Tasche zeigt, Luft machen. So schrieb z. B. im Wahlkreis Magdeburg 3, wo der liberale Lehrer Merten aus Berlin in der Hauptwahl schon unterlag, also gar nicht zur Stichwahl gelangte, ein Wähler auf einen Zettel für Fürst Bismarck:

* Toga, weißwollenes, männliches Oberkleid, mantelähnlicher Ueberwurf aus einem Stück, ohne Kermel. Diefelbe wurde so getragen, daß der rechte Arm frei herausging. Durch Bekleidung der Toga wurde der Jüngling zum Manne erklärt.

Den Hauptagrariar
Fürst Bismarck
 wähl ich nicht, den Vogt erst recht nicht.
 Ein Liberaler.

Beigt in Gommern war der sozialdemokratische Kandidat.

Ein anderer in demselben Wahlkreis, offenbar ein Lehrer der Handschrift nach, machte seinem Herzen Luft in folgendem:

Der letzte Mageruf:
 Den Liberalen habe nicht bekommen,
 Sozial oder Junker mag ich nicht,
 Die Luft zum Wählen wird benommen,
 Weil's einfach schmerzlich ist.
 „So hat man seine Qual,
 Der Teufel hol die Wahl!“

Daß die „Schmerzlichkeit“ eine Begründung zum Nichtwählen sein soll, wird jeden logisch denkenden Menschen übrigens sehr interessieren. Der Sinn ist hier, daß die Wahlunlust von der — Schmerzlichkeit herkommt. Allerdings eine sehr schmerzliche Geschichte.

Ein Wähler schrieb, nachdem er den Namen des Kandidaten durchstrichen hatte, auf den Zettel:

Heute kann ein Jeder sein Konto begleichen,
 Man braucht nur einfach den Namen durchstreichen.

Der Mann irrt jedoch in der Annahme der Begleichung des Kontos: der Stimmzettel wird dadurch ungültig, daß der Name durchstrichen wird.

Die ganze Wut eines durch Pfaffen und Brotwucherer geschädigten proletarischen Wählers im schon erwähnten dritten Magdeburger Wahlkreise kommt auf folgendem, einem Stimmzettel für Voigt-Gommern beigefügten Zusatzzettel zum Ausdruck:

Allein Gott in der Höh, der Name
 Bismarck Rang früher schön.
 Brotwucher und Umstürzler
 Auf dem Thron, das war ja
 Lauter Hohn.
 Der Pfaffe Gastein soll sich
 Um seine Schafe kümmern,
 Das keins verloren geht, wir
 Erinnern ihn dran, was der Kaiser
 Vor Jahren gesagt hat, Seelforger soll
 Sich nicht um Politik, sondern um
 Ihre Seele kümmern. Pfaffenbanne
 Schmeißt sie aus dem Lande.

Der Stimmzettel war natürlich gültig, trotz des beigefügten Unheils über Brotwucherer und Pfaffen, da der Zusatzzettel weder ein Kennzeichen noch Vorbehalt z. des eigentlichen Stimmzettels darstellte. Seitdem die Wahlwertes eingeführt sind, kommt es beiläufig nicht bloß allein auf die Beschaffenheit des Stimmzettels, sondern auch mit auf die Beschaffenheit des Ruberts an. Auch letztere dürfen Kennzeichen usw. nicht enthalten.

Auch an Reklamebedürftigen und Selbstgefälligen, die am liebsten ihren wertesten Namen siegreich der Wahlurne entsteigen sahen, fehlt es natürlich auch nicht. Oft finden sich Wählernamen an Stelle der durchstrichenen Kandidatenamen, so daß der auf dem Stimmzettel enthaltene, natürlich geschriebene Name mit dem Namen des Wählers in der Wahlliste sich deckt. Mancher glaubt auch, daß er seinen Namen dem Namen des Kandidaten hinzusetzen müsse, damit man erfahre, wer gewählt hat, wodurch der Stimmzettel dann ungültig wird. In den Wahlbureaus verursacht die Vorlesung von Verschen oder Vorbehalten und anderen, dem Kandidatenamen zugesetzten

Namen, bei der Zusammenstellung des Wahlergebnisses manch vergnügte Minute. Toller ist es schon, wenn ein Geschäftsmann den Stimmzettel zu Reklamezwecken benutzt und sein Geschäft empfiehlt, wie im folgenden Falle. Im dritten Magdeburger Wahlkreise wurde in einer Stadt ein Bismarckzettel abgegeben, der über dem in Antiquaschrift aufgedruckten Namen Fürst Bismarck das Wort: „Hotel“, geschrieben, darunter aber: „Inhaber Fritz Engelbarth“, ebenfalls geschrieben, enthielt.

Der Zettel mußte natürlich vom Wahlvorstand für ungültig erklärt werden.

Im Wahlkreis 5 des Regierungsbezirks Arnberg, Bochum-Gelsenkirchen, in dem bei der Stichwahl der Sozialist Gué mit 50 063 Stimmen über den national-liberalen Kandidaten, der 49 000 Stimmen erhielt, siegte, gab es nicht weniger denn 6000 ungültige Wahlzettel, worunter sich mancher mit humorvollen Begleitzeilen befand, der erst bei der Wahlprüfung infolge eingewendeten Protestes durch den Reichstag rehabilitiert wurde. Die Wahl Gués ist bekanntlich für gültig erklärt worden. Unter den vom Wahlvorstand beanstandeten Stimmzetteln in einem Orte befand sich auch der mit einem Vorbehalte beschriebene Coupon eines österreichischen Wertpapiers, bezüglich dessen uns allerdings nicht bekannt geworden ist, ob der Beschreiber den Coupon mit Absicht oder nur aus Ver-

sehen in das Wahlkubert gesteckt hatte, ob weiter der Beschreiber ermittelt worden und ob gegebenenfalls der beschriebene Coupon noch Gültigkeit bebesen hat. Als Stimmzettel war der beschriebene Coupon allerdings für ungültig erklärt worden. Rechnungen, bezahlte wie unbezahlte, finden sich in den Wahlkuberts an Stelle des Stimmzettels oft vor.

Am neutralsten glauben diejenigen zu verfahren, die weiße Stimmzettel abgeben, denn, so ist ihr Raisonement, wahlfaul bin ich nicht, ich habe meiner Wahlpflicht genügt und bin zur Urne geschritten. Aber da mir mit dem bekannten lex Heinze-Wort: „die ganze Richtung paßt mir nicht!“ mit keinem Kandidaten am besten gedient ist, so habe ich einen weißen Zettel abgegeben. Wähler solcher Gesinnung erreichen allerdings ihren Zweck vollkommen; denn nach dem Wahlreglement zum Wahlgeseß für das Deutsche Reich sind unbeschriebene oder mit keinem lesbaren Namen versehene Zettel ungültig.

So kommt auch der Wahlhumor zu seinem Recht, wenn schon nicht zu bestreiten ist, daß die politischen Wähler durch Abgabe eines mit einem Namen ihrer Partei versehenen Stimmzettels der Sache am besten dienen würden. In einem weiteren Artikel hoffen wir zur Erbauung der Leser unserer Beilage noch einige Proben von Wahlhumor vorlegen zu können. Crisolith.

Hygiene der Milchversorgung.

(Schluß.)

Um nun eine Verbesserung der bestehenden Verhältnisse herbeizuführen, hat man an die Milchproduktion, die Beaufsichtigung und die Organisation des Milchhandels verschiedene Forderungen gestellt:

1. Tierärztliche Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Kühe. Sie ist in dem Umfange, wie sie notwendig wäre, um eine Gewähr für das Freisein der Milch von pathogenen Organismen zu erlangen, nicht durchführbar. Ebenso notwendig wäre eine Ueberwachung des Gesundheitszustandes der Personen, die bei der Gewinnung und beim Verkauf der Milch beschäftigt sind; aber auch diese Maßregel wird sich ganz allgemein nicht durchführen lassen.

2. Die Verzettlung des Milchhandels auf Hunderte und Tausende kleiner Milchhändler macht eine wirksame Ueberwachung, insbesondere in hygienischer Hinsicht, fast unmöglich. Wie die städtischen Verwaltungen aus hygienischen Rücksichten den Schlachthauszwang eingeführt haben, sollte auch der Milchhandel zentralisiert werden, oder es sollten von den Milchproduzenten oder von Unternehmern große Zentralmolkereien eingerichtet werden, denen alle Vorteile des Großbetriebs zur Verfügung stehen und die viel leichter strengerer Forderungen der Hygiene gerecht werden könnten. — Dagegen kann geltend gemacht werden, daß den Konsumenten eine zu weitgehende Zentralisierung des Handels mit Milch ebenso unerwünscht ist, wie die des Handels mit anderen Lebensmitteln. Dagegen können die kleinen Milchhändler zu einer Vereinigung zusammentreten und dann selbst zur Verbesserung der bestehenden Verhältnisse sehr viel beitragen: Gemeinsamer Einkauf von Eis, gegenseitige Ueberwachung und Verbreitung von Sachkenntnissen unter den Mitgliedern.

3. Größte Reinlichkeit bei der Gewinnung von Milch ist jedenfalls die wichtigste Forderung, die die Hygiene zu stellen hat. Aber die „aseptisch gewonnene Milch“, nach der jetzt so viel gerufen wird, wird ein Gelehrtentraum bleiben. Wer die Verhältnisse kennt und weiß, daß sie durch guten Willen allein nicht geändert werden können, wird sich von dem Glauben an das weitere Bestehen des jetzigen Zustandes nicht abbringen lassen. Dagegen ist es ausführbar, daß in einzelnen großen Ställen, allerdings bei erheblichen höheren Produktionskosten, eine Milch gewonnen wird, die allen billigen Anforderungen an Reinheit genügt, worauf ich noch zurückkomme. Von einer nachträglichen

Reinigung schmutzig gewordener Milch durch Zentrifugieren oder Filtrieren ist wenig zu erwarten.

4. Die Kühlung der Milch unmittelbar nach dem Melken und die Kühlung der Milch während des Feilhaltens, ebenso aber auch während der Aufbewahrung im Hause, muß allgemeiner als es geschieht, durchgeführt werden.

5. Von vielen wird die Forderung erhoben, daß alle in den Handel kommende Milch pasteurisiert sein soll.

Unter Pasteurisieren versteht man ganz verschiedene Dinge: Das Erhitzen der Milch bei Temperaturen, die zwischen 60 und 100 Grad Celsius liegen, während einer Zeitdauer, die, je nach der Temperaturhöhe, 1 bis 30 Minuten beträgt. In den modernen Apparaten für den Großbetrieb wird die Milch innerhalb 2 Minuten auf 85 Grad Celsius erhitzt und darauf rasch abgefüllt; dies soll zur Tötung aller Krankheitserreger genügen. Selbstverständlich kann mit dem einfachen Aufkochen in den Haushaltungen nicht weniger, sondern es muß damit mehr erreicht werden, denn um die Milch zum Kochen zu bringen, muß sie von 85 noch auf 100 Grad erhitzt werden und sie muß von da wieder auf 85 Grad abkühlen, wobei mindestens 15 Minuten verstreichen. Pasteuriserapparate bedürfen einer sehr sorgfältigen Bedienung, wenn sie zuverlässig wirken sollen. Außerdem gehen die Angaben der verschiedenen Autoren über die notwendige Dauer des Erhitzens bei Temperaturen unterhalb des Siedepunktes sehr auseinander. Deshalb trete ich entschieden für gründliches Kochen der Milch im Haushalt ein.

Als Beispiel für die Unzulänglichkeit des Pasteurisierens führe ich den folgenden Fall an: Auf dem schwedischen Gute Näsbyholm hat man zur Erzielung eines tuberkelfreien Rindviehstammes die isolierten Kühe mit pasteurisierter Milch aufgezogen; 16,6 Proz. davon bestanden die Tuberkulinprobe nicht. Später verwendete man nur Milch, die mindestens 15 Minuten lang gründlich aufgekocht war, mit dem Ergebnis, daß dann kaum mehr 1 Proz. auf Tuberkulin reagierte.

Auch der weitverbreitete Glaube, daß die im Großbetriebe pasteurisierte Milch den Vorzug größerer Haltbarkeit habe, beruht nach meinen Erfahrungen auf einem Irrtum. Wenn man es beobachtet hat, so war dies mehr auf das gute Abkühlen zurückzuführen, das nach dem Erhitzen folgt, als auf die kurze Siedewirkung. Ich kann deshalb

auch nicht der allgemeinen Ansicht beipflichten, daß die Gärungs- und Fäulungserreger in solcher Milch wesentlich geschwächt oder gar vernichtet sind.

Wenn man daran zurückdenkt, was denn eigentlich zu dem Ruf nach hygienischer Milchversorgung gedrängt hat, so kommt man zu folgendem: Die bisherigen Bemühungen waren von wenig Erfolg gekrönt, weil man zu viel verlangt und weil man schwer erfüllbare Forderungen nicht auf die Fälle beschränkt hat, wo sie unbedingt gestellt werden müssen. Sieht man von der Milch für Säuglinge ab, so bestehen in Städten mit guter Milchbeschau nicht wesentliche Mißstände. Man kann nicht verlangen, daß alle Marktmilch tadellose Kindermilch sei, aber man kann verlangen, daß es auch der weniger bemittelten Mehrzahl der Bevölkerung ermöglicht werde, ihre Kinder mit tadelloser Kindermilch zu ernähren. Der Reiche kann sich zur Ernährung des Säuglings die teure Kinder- oder Vorzugsmilch aus der Milchkanstalt zweimal täglich frisch beschaffen, ihre Gärungserreger durch passendes Erhitzen in abgeteilteten Trinkportionen unschädlich machen und vor Wiederinfektion bewahren; er kann durch Kühlstellen der so behandelten Milch abgeschwächte, aber noch lebensfähige Keime am Erwachen verhindern und er kann durch passende Zusätze und zweckmäßige Verdünnung die Kuhmilch, soweit dies überhaupt möglich ist, der Frauenmilch ähnlicher machen. Der Arme kann dies alles nicht: er ist auf die unreinlich gewonnene und schlecht behandelte Marktmilch angewiesen, in seinem Hause verdirbt sie noch weiter und zwar um so rascher, je unreinlicher die Weiterbehandlung ist und je wärmer die Milch bis zum Verbrauch aufbewahrt wird. Darin liegt die Hauptursache dessen, daß, wie Prausnitz gezeigt hat, von den Säuglingen, die an Magen- und Darmkrankungen sterben, 0 Proz. auf die Reichen, 5 Proz. auf den Mittelstand und 95 Proz. auf die Armen und Notleidenden treffen. Damit ist auch gezeigt, wo der Hebel anzusetzen ist, wenn man die große Kindersterblichkeit bekämpfen will.

Eine Stadt mit 100 000 Einwohnern verbraucht täglich 33 000 Liter Milch; sie hat täglich 4000 Säuglinge zu ernähren, von denen die Hälfte auf künstliche Ernährung angewiesen sein und 1500 Liter Milch verbrauchen wird. 95 Proz. des Milchverbrauchs können also, wie die Erfahrung gezeigt hat, ohne Nachteil für Ernährung und Gesundheit in der bisherigen Weise produziert und verkauft werden: dann kann man alle Vorsicht und die ganze Strenge der Lebensmittelaufsicht nur auf das eine Awanzigstel, die Kindermilch, konzentrieren; dann sind auch die strengsten Forderungen erfüllbar, die an die Gesundheit der mit der Milch in Berührung kommenden Personen, an die zweckmäßige Fütterung der Kühe, an die Reinlichkeit bei der Gewinnung und an die Frischerhaltung der Milch gestellt werden müssen. Die Städteverwaltungen werden sich nicht länger ihrer Pflicht entziehen können, die Versorgung der Minderbemittelten und Armen mit guter Kindermilch in ihr Programm der öffentlichen Wohlfahrtspflege aufzunehmen, und sie werden nicht länger zusehen dürfen, wie die Kinder der Unbemittelten und Armen der Gefahr einer schädlichen Nahrung schutzlos preisgegeben sind. Dabei handelt es sich nicht nur um die Herabminderung der Sterblichkeitsziffer, sondern auch um die Verhinderung späterer Siechtums. Die Städte, die zur Gesunderhaltung ihrer Bewohner mit Recht Riesensummen für Kanalisation und Beschaffung von gutem Trinkwasser aufwenden, müssen auch die Mittel finden, den Säuglingen der Armen gute Kuhmilch zu verschaffen.

Damit ist aber freilich die ganze Aufgabe der öffentlichen Fürsorge für die Säuglingsernährung nicht erschöpft. Auch die beste Kindermilch wird in den Wohnungen der Armen zu gärendem Drachengift, weil sie dort unreinlich behandelt und in der Wärme aufbewahrt wird. Da, wo man die Armut riecht, gibt es keine Milch-Aseptik. Die Meinung der Sachverständigen geht fast einstimmig dahin,

daß bei der Bekämpfung der Sommerdiarrhöen es vor allem darauf ankommt, die schädliche Einwirkung der hohen Sommervärme auf die Nahrung zu verhindern. Dies und der Ausschluß jeder Verunreinigung kann nur dadurch erzielt werden, daß den Minderbemittelten sterilisierte Kindermilch in verschlossenen Flaschen und abgeteilt in Trinkportionen geliefert wird. Diese Forderung hat bereits im vorigen Jahre der niederrheinische Verein für öffentliche Gesundheitspflege gestellt und wohl einer unserer ersten Autoritäten unter den Kinderärzten, Geheimrat Heukner in Berlin, hat in seinem Vortrage bei der Hamburger Ausstellung im Mai 1903 ausgerufen: „Wäre es nur möglich, gerade das Soxhlet-Verfahren der minder günstig gestellten Majorität der Bevölkerung zugänglich zu machen, für deren Kinder es ganz besonders nötig wäre!“

Die Bewegung für diese Art von Säuglingsfürsorge geht von Frankreich aus, dem Lande mit seiner bedenklich niedrigen Geburtenziffer. Anstatt auf die Wirkung der Secundäre Zolas zu warten, bekämpft es schon seit länger als zehn Jahren die Säuglingssterblichkeit durch seine über das ganze Land verbreiteten „Milchtropfen“ und durch seine Laiteries philanthropiques, die sterilisierte Milch in Mahlzeitsportionen zu billigem Preise oder an Arme kostenfrei abgeben. In England haben die Städteverwaltungen gleiche Einrichtungen mit ihren „Infant Milk Depots“ getroffen, so St. Helens, Ashton under Lyne, Leith (Schottland), Liverpool und der Londoner Bezirk Battersea. Auch in Schweden sind seit zwei Jahren von Vereinen „Milchtropfen“ ins Leben gerufen worden, zuerst in Stockholm, dann in Götterburg, Malmö und Norrköping. Nebenbei bemerkt sind zur Bekämpfung des Mißbrauchs geistiger Getränke in Stockholm sieben Warmmilchautomaten auf öffentlichen Plätzen aufgestellt, die für 5½ Pfg. einen Becher — ¼ Liter — warme Milch liefern; im Winter 1903 wurden diesen Automaten 70 000 Liter Milch entnommen.

In Deutschland, im Lande der großen Kindersterblichkeit, hat merkwürdigerweise das Beispiel anderer Länder noch keine Nachahmung gefunden, auch nicht in Bayern, das unter allen Bundesstaaten neben Sachsen die größte Kindersterblichkeit hat, und dessen Städte Regensburg und Ingolstadt in diesem Punkte auch alle außerdeutschen Städte weit überragen. Es ist ein dringendes Gebot der öffentlichen Gesundheitspflege, der Humanität und auch das einer gefunden Sozialpolitik, daß man in Deutschland endlich einmal mit der Bekämpfung eines schlimmen Volksübels anfangt und sich dazu eines Mittels bediene, dessen Wirksamkeit einleuchten muß und das sich tatsächlich in anderen Ländern auch als wirksam erwiesen hat. Die zu errichtenden Kindermilchanstalten sollen keine Wohltätigkeits-, sondern öffentliche Wohlfahrtsanstalten sein, und sie sollen von den Städteverwaltungen errichtet werden. Die Anstalt soll aus Stallungen größerer Rüter in der Nähe der Stadt Kindermilch beziehen, die nach ihrer hygienischen Beschaffenheit mindestens der einer gut geleiteten Milchkanstalt gleich kommt. In der Anstalt ist die Milch nach ärztlicher Vorschrift passend zu verdünnen, mit geeigneten Zusätzen zu versehen und, in Mahlzeitsportionen abgeteilt, zu sterilisieren. Die Abgabe muß an möglichst viel Stellen der Stadt erfolgen. Der Verkaufspreis soll nach den Erwerbsverhältnissen der Abnehmer bemessen werden. Arbeiterfamilien soll die Milch zum Preis gewöhnlicher Marktmilch, Armen noch billiger oder auch umsonst geliefert werden.

Da voraussichtlich und leider die Einrichtung anfangs in den Kreisen, für die sie bestimmt ist, nicht volles Verständnis finden wird, so kann zunächst mit kleineren Mitteln ein Anfang gemacht werden, und an die sicherlich langsam steigenden Ausgaben wird sich der Stadtfüchel ohne allzu große Beschwerden gewöhnen. Solchen Einrichtungen ist, wie schon besprochen, der Vorwurf gemacht worden, daß sie der überhand nehmenden Volksunfütze des Nichtstillens nur Vorschub leisten. Das soll verhindert werden. In